

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

216 (29.6.1906) Badischer Landtag. Erste Kammer. 21. öffentliche Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 216.

Karlsruhe, 29. Juni 1906.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

21. öffentliche Sitzung

am Samstag den 23. Juni 1906.

Vormittags-Sitzung.

Unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten:
Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl
von Baden.

Tagesordnung:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906 und 1907 (Hauptabt. III), Ausgabe-Titel I § 1 (Ministerium) und X, und Einnahme-Titel III: Unterrichtswesen. Berichterstatter: Geh. Rat Dr. Büchlin. (Fortsetzung.)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Freiherr von Dusch, Direktor des Oberschulrats Geheimrat Dr. Arnsperger, Geheimrat Wehner, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm, Geh. Hofrat Dr. von Sallwürk, Geh. Hofrat Dr. Weygoldt.

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnet die Sitzung um halb 10 Uhr.

Neue Einläufe liegen nicht vor.

Freiherr von Güler teilte zunächst im Namen und Auftrag der Budgetkommission mit, daß die Kommission gestern, nächsten Mittwoch 2 Uhr nach Heidelberg zur Besichtigung des Schlosses hinsichtlich der nicht mehr ganz unbekanntem Restauration zu fahren (Seiterkeit), und daß es sehr erfreulich wäre, wenn das eine oder andere der verehrten Mitglieder der Hohen Ersten Kammer sich hierbei beteiligen würde.

Hierauf erhält zunächst das Wort:

Geheimerat Professor Dr. Windelband: Ich hatte ursprünglich die Absicht, nur ein paar einzelne Punkte unseres Etats mit kurzen Worten zu behandeln, aber die interessante und tief anregende Erörterung, welche der Berichterstatter gestern seinem schriftlichen Bericht hinzugefügt hat, veranlaßt mich, noch etwas weiter dabei auszuholen. Unter den Fragen des höheren Schulwesens überhaupt hat längere Zeit entschieden im Mittel-

punkt gestanden die Berechtigungsfrage, der Punkt, der Berührung zwischen Hochschulen und Mittelschulen. Die Berechtigungsfrage ist nun jetzt erfreulicherweise entschieden; ich sage erfreulicherweise, weil die Entscheidung an sich etwas sehr Wünschenswertes brachte, nämlich das Aufhören einer steten Beunruhigung der Schulen, und die Möglichkeit, sich in einer bestimmten Weise einzurichten. Unter diesen Umständen möchte ich auch nicht näher in eine Besprechung dieser Entscheidung selbst eintreten. Ich würde dabei nicht ganz so einverstanden sein und nicht ganz so zukunftsicher, wie sich der Herr Berichterstatter gestern geäußert hat. Ich möchte vielmehr nur im wesentlichen auf einen Punkt bei der Einrichtung auf diese Entscheidung aufmerksam machen. Da handelt es sich um etwas, was in diesen Diskussionen auffallenderweise niemals eigentlich zur Besprechung gekommen ist, aber mir persönlich verhältnismäßig dabei am nächsten liegt: Die Frage, wie sich der Universitätsunterricht mit diesem Zustand abfinden muß. Die Schwere dieses Problems ist eigentlich kaum, wie mir scheint, zum Bewußtsein gekommen. Wenn an den Vorlesungen Hospitanten teilnehmen, so ist es deren Sache, was sie mitnehmen. Der eine ist vielleicht an eine höhere Kost gewöhnt und langweilt sich, der andere bringt vielleicht das Bedürfnis nach einer größeren Kost mit sich und hat auch nichts davon, langweilt sich auch. Das ist, wie gesagt, Sache des Hospitanten. Aber die Kinder des Hauses, die immatrikulierten Studenten, haben sämtlich Anspruch darauf, daß das, was der Professor publicus ordinarius vorträgt, für sie durchaus verständlich sein muß. Nun weiß jeder, der Übung im Sprechen oder Lehren hat, wie sich die Schwierigkeit des Lehrens steigert durch die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit seiner Zuhörer. Je mehr zersplittert der geistige Zustand ist, mit denen man es zu tun hat, um so schwieriger ist es, allen gleichmäßig gerecht zu werden und für alle Brauchbares dauernd zu bringen und dabei nicht auf die niedrigste der Stufen herabzusteigen. In dieser schwierigen Lage befindet sich nun aber gegenüber dem früheren einhelligen Zustand der heutige Universitätsprofessor. Es handelt sich dabei nicht etwa bloß um Verschiedenheiten der Kenntnissphären, sondern teilweise wohl repariert, obwohl man sich nicht nach dem, was ich bisher hörte, darauf hat, daß die Sprachkenntnissen nachgeholt werden, bei den Wohnheiten sehr großen Erfolge

gesagt, an den Kenntnissen ist auszubessern. Weit schwieriger ist die Stellung zu den allgemeinen Auffassungen, zu der methodischen Schulung und Behandlungsweise der Gegenstände: und eine Schule müßte ihren Zweck nicht erreicht haben, wenn sie nicht ihren Schüler nach neunjähriger Durchbildung in ihrer bestimmten Weise geistig eingelebt, eingewöhnt und eingeschult auf die Universität schickte. Geschieht das nun aber in so verschiedener Weise, wie es jetzt der Fall ist, dann in der Tat steigert sich die Schwierigkeit, wenn der Dozent allen gleichmäßig gerecht werden soll. Denn auch er hat nicht bloß Kenntnisse mitzuteilen. Wäre das der Fall, so wäre die Sache freilich viel einfacher; aber wir Universitätslehrer sind schließlich doch nicht dazu da, um die Erfindung der Buchdruckerkunst zu ignorieren. Die Hauptsache für die Studenten ist das lebendige Aneignen und Hineinwachsen in eine methodische Auffassung der Gegenstände. Wenn man sich nun schon bei den Vorlesungen gewissermaßen anpassen muß, um zu sehen, wo man die Zuhörer packt, wo sie mitkommen, oder wo sie verständnislos dastehen, so tritt der Eindruck ihrer verschiedenen Auffassungsfähigkeit noch viel schlimmer bei den Seminaren hervor, wo uns der Einzelne viel unmittelbarer entgegentritt, wo man merkt, an jedem Einzelnen merkt, wie weit man an ihn herankommt. Hier ist, das möchte ich nicht unausgesprochen lassen, durch diese neue Einrichtung für den Universitätslehrer der jetzigen und der nächsten Generation eine große neue verantwortungsvolle Aufgabe geschaffen worden, eine verantwortungsvolle Aufgabe, von der wir erwarten müssen, wie weit sie tatsächlich und mit Erfolg an den deutschen Universitäten wird gelöst werden können. Auf diese Weise, scheint es mir, wird auch wohl dasjenige aus der Universitätspraxis herauswachsen müssen, was der Herr Berichterstatter als das neue Bildungssystem bezeichnet hat, das sich eben in dieser Mannigfaltigkeit der möglichen Vorbildungen für die Hochschulen zum Ausdruck bringt. Nun wäre es ja sehr schön, wenn der Universität diese Aufgabe, von der ich spreche, abgenommen werden könnte durch eine völlige Einheitlichkeit der Schulbildung, und die Tendenzen der sogenannten Einheitschule laufen im wesentlichen darauf hinaus. Soweit ich sehe, sind sie bisher wesentlich erfolglos und ich glaube nicht, daß das auf die Dauer einen Erfolg haben wird. Vielmehr muß in der Tat die Schaffung dieser Vereinheitlichung Sache der Universität bleiben und fällt ihr als schwere Aufgabe zu. Das heißt nicht, wie man hier leicht einwenden könnte, das Haus vom Dach aus bauen, sondern es heißt vielmehr einen Weg bestimmen durch sein Ziel. Gerade die Praxis des Unterrichts wird diesen Ausgleich der Bildungsweise gebieterisch von dem Hochschullehrer in Zukunft verlangen und eben deshalb in der praktischen Arbeit das leisten, was uns jetzt als erstrebenswertes Ideal, als ein noch in ganz unbestimmten Linien zu Leistendes vorzeichnet. Es wird sich natürlich im wesentlichen darum handeln, daß die beiden großen Bildungselemente, aus denen das ganze Erziehungsweisen sich entwickelt hat, in seinem theoretischen Inhalt entwickelt hat, miteinander auszugleichen sind: das historisch-literarische auf der einen Seite, das mathematisch-naturwissenschaftliche auf der anderen Seite. Es ist das vorige Jahrhundert das naturwissenschaftliche genannt worden, gewiß, wenn man die großen Ergebnisse, die eindrucksvollen Leistungen für das praktische Leben ins Auge faßt, zweifellos; aber wenn man mehr von der Frage nach den neuen Gedanken ausgeht, so kann man gerade so gut das Zeitalter ein historisches nennen, denn niemals sind die geistlichen Studien im ganzen Umkreise der Wissenschaften so getrieben worden, wie im 19. Jahrhundert. Die neue Schöpfung des 19. Jahrhunderts ist die wissenschaftlich-historische Arbeit, die dahin die Geschichte Sache einer gleichmäßigen Behandlung gewesen war.

Nun erkenne ich gewiß an, welcher Nutzen den sogenannten Geisteswissenschaften aus der Naturwissenschaft erwachsen ist, was sie von ihnen gelernt haben. Ich möchte aber auch hier in Betracht gezogen sehen, daß das prinzipiell Neue in der Naturforschung des 19. Jahrhunderts der Gedanke der Entwicklung ist, und das ist ein durch und durch historisches Prinzip. Also jene Ausgleichung zwischen geisteswissenschaftlichem und naturwissenschaftlichem Denken wird ja selbstverständlich das sein, was das neue Bildungssystem uns in irgend einer Weise leisten soll. Aber ich möchte doch noch eins hervorheben: es ist leicht, wenn man die Freunde des humanistischen Gymnasiums damit tröstet, das man ihnen sagt, gerade die Scheidung, die reinliche Trennung und die Abschaffung des Monopols der Verehrung, werde diese humanistische Bildung in sich kräftigen und befestigen. Auch das ist ganz gewiß richtig. Dennoch möchte ich nicht dem Gedanken das Wort reden, als ob nun das humanistische Bildungselement damit beschränkt werden dürfte auf bestimmte Berufe und bestimmte Klassen, etwa der philologischen und theologischen Bildung, sondern es scheint mir doch, daß, wenn ja schließlich es immer nur ein Bruchteil der in der Kultur begriffenen Menschheit ist, die an dem Größten, an den Leistungen des hellenischen Geistes Anteil haben kann, doch dieser Bruchteil nun nicht auf einzelne Berufe beschränkt werden darf, sondern daß diese Grundlage aller Kultur auch bestehen bleiben muß als die Grundlage für die Gesamtheit aller höheren Bildung überhaupt, unbeschadet der gleichzeitigen und ebenbürtigen Verehrung, die für uns Moderne das mathematisch-naturwissenschaftliche Denken gewonnen hat. Nimmt man das ins Auge, dann scheint mir doch für die Ausbildung unserer zukünftigen Mittelschullehrer die Grundlage der Universitätsbildung auf alle Fälle gleichmäßig notwendig zu sein, so sehr auch in den Fachbildungen mathematisch-naturwissenschaftliche Dinge zum größten Teile durch die technischen Hochschulen verbracht werden sollen, die diesem Herrn Berichterstatter erwähnte Vorschlag, der später noch etwas genauer dargelegt werden soll, wird deshalb, wie ich voraus bemerkte, für mich kaum annehmbar sein, der Vorschlag, nämlich die Beschränkung der auf technischen Vorschulen verbrachten Semesterzahl, die bisher für mathematisch-naturwissenschaftliche Lehrer angerechnet werden dürfen — es sind drei — aufzuheben und ihnen damit überhaupt volle Freizügigkeit zu gewähren. Das ist meines Erachtens durchaus undurchführbar; das Mittelschullehrerexamen zerfällt in zwei Teile, in einen allgemeinen und einen fachlichen Teil. Zum allgemeinen Teil gehören Philosophie, Religion und deutsche Literatur, früher gehörte dazu auch noch Geschichte, und ich muß gestehen, ich habe diesen historischen Teil aus der allgemeinen Prüfung aller Mittelschullehrer mit außerordentlich großem Bedauern verschwinden sehen. Ich habe diese Verhältnisse sehr genau kennen gelernt. Ich war viele Jahre hindurch Vorsitzender der wissenschaftlichen Prüfungskommission für das höhere Lehramt in Straßburg. Ich habe unter drei verschiedenen Reglements zu examinieren gehabt und ich habe gefunden: wenn wir meinen, daß unsere sämtlichen Mittelschullehrer, unbeschadet ihrer spezifischen Fachausbildung, die jetzt auf zwei Fächer glücklicherweise beschränkt ist, während es früher drei waren, einen gemeinsamen Boden der geistigen Verständigung haben müssen, auf dem sie sich alle gleichmäßig zusammenfinden, und der eben durch die sogenannte „allgemeine Bildung“ in diesem Examen präsentiert wird, so gehört zu dieser Gemeinsamkeit sicher auch eine durchgebildete Auffassung der Geschichte, speziell der neueren Geschichte seit dem 16. Jahrhundert. Man hat das seinerzeit fallen lassen, weil der allgemeine Teil der Prüfung dadurch zu stark belastet worden ist, und die Prüfung auf zu viel Fächer auf einmal sich erstrecken mußte. Das war allerdings richtig, und man könnte auf diesen Wunsch

nur zurückkommen, wenn man bei einer späteren Aenderung der Prüfungsordnung sich zu einer Maßregel entschließt, die ich schon lange befürwortet habe: eine Teilung der Prüfung. Wir haben eine solche Teilung bei den Medizinern, die zuerst ihre allgemeine naturwissenschaftliche Bildung in dem Physikum erweisen, um dann für die eigentlich spezifisch-medizinischen Fächer ihre wissenschaftlich-technische Ausbildung zu erlangen und sich darin hauptsächlich auf das Staatsexamen vorzubereiten. So sollte man ebenso auch jene allgemeinen Fächer für die Mittelschullehrer in eine Vorprüfung vereinigen, um dann der intensiven Beschäftigung mit dem besonderen Fache für die späteren Semester Raum zu geben. Was nun aber den allgemeinen Teil betrifft, so gestehe ich darin offen, daß für ihn jedenfalls der Univeritätsunterricht die maßgebende und grundlegende Bedeutung behalten sollte: ich meine, ganz gleich in bezug auf die Art der Behandlung sind denn doch in dieser Hinsicht die technischen Hochschulen und die Univeritäten noch nicht. An der Univerität haben wir die Parallellstellung, die ebenbürtige Nebeneinanderstellung der verschiedenen Fakultäten und ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Die technische Hochschule dagegen nimmt die naturwissenschaftlich-technischen Fächer als ihr spezifisch eigenes Leistungsgebiet in Anspruch und hat daneben eine allgemeine Abteilung, in der für das allgemeine geistige Bedürfnis in einer Weise gesorgt ist, die in den letzten Jahrzehnten, wie ich mit Freuden sagen kann, in großem Maße sich entfaltet und erweitert hat, gewiß! Aber im großen und ganzen muß ich doch sagen, unbeschadet der Argumente, welche vielleicht nachher noch in dieser Angelegenheit vorgebracht werden sollten, ich kann mich mit dem Gedanken nicht befreunden, daß es künftig Mittelschullehrer geben sollte, die niemals eine Univerität besucht haben.

Wenn ich nun zu den Punkten übergehe, die in dem Bericht hervorgehoben worden sind, möchte ich hier zunächst nun der Empfindung Ausdruck geben, mit der ein jeder das Unterrichtsbudget des badischen Staates so sehr mit vollem Recht ansieht, nämlich mit der Bewunderung für diese Leistung. Das ist in der Tat der Stolz und Ruhm des badischen Staates, die Erhaltung von drei Hochschulen, die in der ersten Linie der deutschen Hochschulen und auf der Höhe der Unterrichtsaufgaben unseres Volkes stehen. Von jeder der Hochschulen wird mit freudigem Danke anerkannt, wie trotz der knappen Finanzlage, die Großh. Regierung die damit übernommene Aufgabe zu erfüllen versteht. Das ist zugleich eine nationale Leistung. Denn der Aufwand, der für diese Hochschulen erforderlich ist, wird in der Tat nicht allein zugunsten der badischen Landesfinder aufgebracht, sondern er steht auch im Dienste der deutschen Studentenbildung überhaupt. Ich brauche nicht auf die Präsenziffern hinzuweisen, um hervorzuheben, wie stark der Besuch der übrigen deutschen Studenten an den drei badischen Hochschulen ist. Eben diese Gastfreundschaft haben wir früher in gleicher Weise auch dem Ausland gewährt, und in dieser Hinsicht muß ich eine kurze Bemerkung darüber machen, daß es bedauerlich ist, daß die deutschen Regierungen es in letzter Zeit für nötig befunden haben, Vorsichtsmaßregeln gegen die Ueberfüllung der Hochschulen durch ausländische Studenten allmählich einzuführen u. daß diesem allgemeinen Zuge sich auch die Großh. Regierung auf die Dauer nicht hat entziehen können. Diese Ausländerfrage für die Hochschulen ist ja keine einfache. Sie liegt sehr verschieden für die technische Hochschule und für die Univerität, und sie liegt wiederum sehr verschieden für die verschiedenen Semester. Es ist ein sehr großer Unterschied zwischen denjenigen Ausländern, welche als Zuhörer an die Univerität kommen und ihr Studium wesentlich an deutschen Hochschulen ablegen wollen, ganz so wie andere Studenten auch, und zwischen den älteren, gereiften Personen aus dem Auslande, die zum Abschluß ihrer

wissenschaftlichen Bildung, zur Erweiterung ihres methodischen Verfahrens, also zu allgemeineren und höheren Zwecken ihrer Erziehung, zu uns kommen. Daß gelegentlich von den ersteren, in denjenigen Vorlesungen, in denen es auf Demonstrationen ankommt, die Plätze weggenommen werden von den Ausländern, daß dasselbe zum Teil von den Laboratorien gegolten hat, ist unverkennbar; es ist das sehr einfach, wie das kommt. Der Ausländer glaubt gewöhnlich zunächst, es fange mit dem offiziell verkündeten Termin auch wirklich an; er ist rechtzeitig da und belegt und meldet sich. Der Inländer weiß, daß wir tatsächlich überall und an manchen Univeritäten sogar mit statutarischem Recht, erst acht Tage nach dem öffentlichen Termin beginnen: er kommt dann infolgedessen erst dazu und findet nun zum großen Teil ev. durch Ausländer, die rechtzeitig da waren, das Auditorium besetzt. Daß das unangenehm ist, und darüber Bescheid werden erfolgen, versteht sich ganz von selbst. Es ist (soviel ich weiß, zuerst in Jena) dagegen eine sehr einfache und praktische Gegenmaßregel ergriffen worden, die mir vollkommen auszureichen scheint, die nämlich, einen bestimmten Termin festzusetzen, bis zu welchem derartige gefährdete Vorlesungen oder Laboratorien nur von Inländern belegt werden dürfen: was noch frei ist, steht dem Ausländer nachher zur Verfügung. Aber eine Erhöhung der Gebühren einzuführen, das gestehe ich ganz offen, ist meiner Ansicht nach nicht recht zweckmäßig. Es ist deshalb nicht zweckmäßig, weil es doch nur zwei Zwecke haben könnte, entweder die erwachsenden Kosten zu decken, oder als eine Prohibitivmaßregel gegen die Ueberfüllung durch Ausländer zu wirken. Was das erstere anlangt, so ist das minimal, was dabei herauskommt. Im ganzen muß der Staat seine Laboratorien und Vorlesungsräume so einrichten, daß er auch einem größeren Zufluß aus dem Auslande immer gewachsen ist. Es ist ferner üblich, daß die besonderen Ausgaben für Laboratoriumsarbeiten, die über das übliche hinausgehen, von jedem einzelnen, also auch vom Ausländer, jetzt schon (an den Univeritäten wenigstens), persönlich gedeckt werden; sie zahlen 100 und mehr Mark für den Verbrauch von Reagentien oder Instrumente. Wenn nun also wirklich für die Zulassung ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern — im allgemeinen handelt es sich um 20 bis 50 M. — gemacht worden ist, was kommt dabei im ganzen heraus, das irgend etwas in dem großen Budget der Hochschule zu bedeuten hätte? Also der Zweck der Deckung der Mehrkosten wird die Maßregel, meiner Ansicht nach, nicht rechtfertigen. Und der Zweck der Verhinderung der Ausländer, der ist es nun, den ich ganz besonders im Interesse des deutschen Volkes prinzipiell ablehnen muß. Gewiß kommen dabei gelegentlich durch gewisse Verhältnisse in anderen Ländern und Staaten wegen der Ueberlastung der Hochschulen zustande, die unerfreuliche Nebenwirkungen haben; aber im allgemeinen ist dieser Austausch für den wir auch die Reziprozität voraussetzen, etwas ganz außerordentlich segensreiches. Viele unserer deutschen jungen Leute gehen nach Beendigung ihrer Studien in das Ausland, um sprachliche, technische oder naturwissenschaftliche Studien dort weiter zu treiben; nirgends macht man ihnen in dieser Beziehung Schwierigkeiten. Was unseren Studenten auswärts gegeben wird, das sollten wir den Auswärtigen, soweit wir irgend können, ebenfalls dauernd gewähren. Was nun das moralische Moment in dieser Frage anlangt, so möchte ich auf einen Punkt aufmerksam machen. Man darf diesen Punkt nicht zu gering anschlagen. Wir alle wissen, und es ist ja gelegentlich an sehr hoher Stelle ausgesprochen worden, wie gering das Verständnis ist, das leider die übrigen Völker dem spezifisch deutschen Wesen entgegenbringen. Nun, gerade auch diese älteren Ausländer, welche an deutschen Hochschulen ihre Studien machen, sie kommen schon mit einer gewissen Erwartung und mit einer sympathischen Ge-

sinning zu uns. Ich glaube auch sagen zu dürfen, sie werden sie fast immer bekräftigt finden, und das sind Männer, die in ihrer Heimat zum großen Teil später angelehene und einflussreiche Stellungen einnehmen. Das sind unsere zukünftigen Freunde, und nichts sollte geschehen, was sie uns verschenden kann. Es handelt sich in dieser Beziehung ja für sie, für solche ältere namentlich, meistens vielleicht nicht einmal um die 20 oder 40 M. Es sind häufig wohlhabende Leute, die in dieser Lage sind; ich habe freilich unter ihnen auch solche kennen gelernt, die das 20 Markstück sehr herumdrehen mußten. Im großen und ganzen wird es auf das Geld nicht ankommen; weit mehr ist es das Gefühl, nicht ganz erwünschte Gäste zu sein. Es ist eigenartig, die Franzosen denken in dieser Beziehung jetzt über diesen Punkt ganz anders. Während man ihnen früher nachsagen konnte, daß es die übrigen Nationen an sich kommen ließen, so ist von den französischen Universitäten in den letzten Jahrzehnten eine außerordentlich rührige Tätigkeit entwickelt worden, um die Ausländer nach Frankreich zu ziehen. Man hat zu diesem Zwecke eigens Aenderungen in den akademischen Graden vorgenommen, um die Examina den Ausländern zu erleichtern, um es ihnen bequemer zu machen, und die kleineren Universitäten in Frankreich schicken fortwährend Prospekte aus zu Ferienkursen und andere Einladungen, die dem ausländischen Studenten möglichst viel in möglichst entgegenkommender Weise versprechen. Besonders lehrreich aber ist das Gutachten, das der französische Historiker Lavisse im Jahre 1897 in diesem Sinne der französischen Regierung unterbreitet hat: darin ist in großzügiger Weise ganz ausdrücklich der Gedanke, zukünftige Freunde der französischen Nation in das Land zu ziehen, eindrucksvoll ausgesprochen. Also, ich sage das nur, um die Bitte an die Großh. Regierung zu richten, ihre Stimme im Rat der deutschen Regierungen — ich glaube, es ist bisher schon geschehen — weiter so energisch wie möglich in der Richtung geltend zu machen, daß mit diesen Prohibitivmaßregeln gegen ausländische Studierende möglichst vorsichtig und zurückhaltend vorgegangen werden möchte.

Nur noch ein paar Punkte in bezug auf den Heidelberger Universitätsrat, bei dem ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses noch für einen Augenblick in Anspruch nehmen muß. Die Etatsbestimmungen dieses Jahres sind, wie aus der Erläuterung der Großh. Regierung hervorgeht, in erster Linie durch die Rücksicht auf das *Krebsinstitut* mit bestimmt worden. Ich muß auch diese Gelegenheit selbstverständlich wahrnehmen, um herzlichsten, aufrichtigsten Dank auszusprechen an die hochherzigen Stifter, welche dieses Institut ins Leben gerufen haben, insbesondere an den verehrten Lehrer und Arzt, der den Mittelpunkt dabei bildet, Herrn Geheimrat Czerny, um dessen Persönlichkeit sich ja hoffentlich in außerordentlich wirksamer und segensreicher Weise die Tätigkeit dieses Instituts zunächst konzentriert. Ich habe aber noch einen besonderen Dank auszusprechen: der gilt der Art und Weise, wie dieses Verhältnis durch die Großh. Regierung behandelt wurde, welche von Anfang an daran festgehalten hat, daß das Institut nur der Universität angegliedert werden müsse. Die Sitte, daß wohlbegütete Männer große Stiftungen für wissenschaftliche Zwecke machen, ist in Deutschland noch verhältnismäßig in den ersten Anfängen begriffen; es ist aber eine Tendenz dabei geltend gemacht worden, die namentlich auch in Norddeutschland, soweit ich sehe, befördert worden ist, daß man nämlich derartige Mittel zur Gründung kleiner, für sich bestehender wissenschaftlicher Institute, zur Schaffung von Akademien für einzelne Teile der wissenschaftlichen Arbeit verwendete. Nun ist gewiß niemand mehr von dem Segen der Dezentralisation der wissenschaftlichen Arbeit, den Deutschland erfahren hat, überzeugt, als ich. Aber diese Dezentralisation kann auch zu weit gehen, und die Ver-

zettelung der Mittel, ihre Abschiebung von den Universitäten, halte ich für eine unglückliche Wendung, die dabei zum Teil eingetreten ist. Deshalb möchte ich meine ganz besondere Freude darüber ausdrücken, daß hier eine große bedeutende Stiftung mit der Universität in organischen Zusammenhang gebracht worden ist, und selbstverständlich rechnet es sich die Universität zur hohen Ehre an, daß ihr diese Angliederung zuteil geworden ist. Es ist eine Ehre, die sie zunächst auch in einer gewissen Weise empfindlichen Anspruch nimmt, insofern nämlich, als dieses Institut unvermeidlicherweise den Etat der Universität, welcher nur eine begrenzte Erhöhung überhaupt erfahren konnte, in erheblicher Weise belastet. Das Krebsinstitut nimmt von dem Mehrbetrage von 45 000 M. für sich allein 15 000, also den dritten Teil, in Anspruch, und infolgedessen haben eine große Anzahl anderer Desiderien in der Tat zurückgestellt werden müssen. Gegenüber einer so wertvollen Errungenschaft muß das selbstverständlich gern getragen werden, wenn es auch hier und da wohl schmerzlich empfunden worden ist. Zu diesen Stellen, an denen diese Notwendigkeit sich herausgestellt hat, gehört vor allem auch die Bibliothek; das wird die Herren vielleicht wundernehmen, wenn Sie die Erläuterung in dem Etat lesen, daß es das Krebsinstitut und die Bibliothek seien, deren Berücksichtigung die übrigen Posten einigermaßen beeinträchtigt hatten. Aber, was die Bibliothek anlangt, so steht diese in einer etwas unerfreulichen und kritischen Position. Es ist ein monumentales Prachtgebäude geschaffen worden und dieses verlangt nun zu seinem Betriebe die volle Summe, die jetzt neu für die Universitätsbibliothek bewilligt werden konnte. Dazu kommt, daß infolge einer Reihe von zufälligen Verhältnissen die Mittel der Bibliothek augenblicklich derartig beschränkt sind, daß der Bibliothekar ausdrücklich erklärt hat, von den Desiderien, welche die Dozenten der Universität über ein Jahr lang an ihn haben gelangen lassen, aus Mangel an Mitteln kein einziges befriedigen zu können, und daß er erklärt hat, die Verantwortung für ein solches Nichtvorwärtsschreiten seines Instituts — das ein Rückschreiten ist — auf die Dauer nicht tragen zu können. Es ist in der Tat an unserer Bibliothek, so wie man gewöhnlich sagt, das „glänzende Glend“, eine üppige Fassade, und dahinter die Not, die Not ums tägliche Brot, die nötigsten Bücher. Nun sind wir überzeugt und ich möchte dieser Ueberzeugung ganz besonders Ausdruck geben, gerade weil ich diesen Gegenstand habe hervorheben müssen, wir sind überzeugt, daß die Großh. Regierung ihre Fürsorge für die Universität Heidelberg auch durch weitere Unterstützung der Bibliothek mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bewahren wird; aber ich habe im voraus auf diesen Punkt aufmerksam machen müssen, weil ich es in der Tat für wünschenswert erachte, daß im nächsten Etat der Bibliothek eine reichere Dotation zugewendet werden möchte. Dieser Wunsch ist nicht nur eine Hoffnung, sondern ein festes Vertrauen in die Fürsorge der Großh. Regierung.

Geheimer Hofrat Professor Dr. Rümelin: Die Universität Freiburg wird in übernächster Woche eine Feier, die Grundsteinlegung des Universitätsneubaus abhalten dürfen, u. sie wird dabei die passende Gelegenheit haben, ihren Dank für diesen Neubau und überhaupt für die Fürsorge, die sie in den letzten Jahrzehnten genossen hat, auszusprechen. Ich kann deshalb heute davon im einzelnen absehen. Ich möchte nur besonders den Dank dafür aussprechen, daß die Großh. Regierung bei der bedauerlichen Erkrankung des leitenden Architekten energig vorgegangen ist, und für die Förderung des Baues Sorge getragen hat. Ich möchte ebenso meine Befriedigung darüber aussprechen, daß im anderen Hohen Hause ein so reges Interesse für die Förderung des Neubaus an den Tag getreten ist.

und zugleich noch besonders für die Zusage der Groß-Regierung zu danken, daß die Fertigstellung des Baues für das Jahr 1910 in Aussicht zu nehmen sei. Wir betrachten den Neubau gewissermaßen als den Abschluß einer Reorganisation der Freiburger Hochschule. Und ich erkenne neben dem Neubau dankbar an, was alles in dieser Zeit für die Universität Freiburg geschehen ist. Ich kann mich auch heute mit dem, was von Seiten der Groß-Regierung in der Zweiten Kammer in dieser Richtung erklärt worden ist, zur dankbar einverstanden erklären. Ich erkenne auch vollständig an, daß bei diesem großen Aufwand nicht zu umgehen war, daß augenblicklich unsere alle Wünsche nicht befriedigt werden konnten. Daß mit dem, was jetzt geschehen, nicht alle unsere Wünsche für die Zukunft befriedigt sind, daß wir später auch noch mit weiteren Wünschen kommen werden, das wird die Groß-Regierung wohl selbst annehmen und in dieser Richtung möchte ich nicht für die Gegenwart, sondern für die Zukunft, namentlich auf einen Punkt aufmerksam machen: die Gehalte in Freiburg stehen noch hinter den anderen Hochschulen sehr erheblich zurück. Der Durchschnittsgehalt eines Freiburger Professors ist um 1300 M. geringer als in Heidelberg, um 400 M. geringer als am Polytechnikum und in dieser Richtung sollte wenigstens mit der Zeit eine Ausgleichung versucht werden. Man könnte vielleicht einwenden, daß mit der Steigerung der Frequenz und der damit verbundenen Steigerung der Einnahmen aus den Kollegiengebühren ein derartiger Wunsch wohl überflüssig geworden sei. Man kann aber aus diesen Tatsachen ebenso gut das entgegenge setzte Resultat ableiten, daß, wenn Freiburg in die Reihe der größeren Mitteluniversitäten eingetreten ist, auch die Gehälter entsprechend aufgebessert werden sollten, daß namentlich die ganz niederen Gehälter unter 4000 M. möglichst bald verschwinden sollten. Jedenfalls wird darüber kein Zweifel bestehen, daß in der noch nicht so sehr weit zurückliegenden Zeit, wo die Frequenz eine sehr geringe war, man nicht etwa die Argumentation angewandt hat, da geringe Kollegiengebühreinnahmen vorhanden seien, müsse der Gehalt entsprechend gesteigert werden, und man kann auch unmöglich zu den Freiburger Professoren sagen, höhere Gehalte bekommt Ihr in keinem Fall. Solange die Frequenz gering ist, verdient Ihr sie nicht und wenn die Frequenz hoch ist, braucht Ihr sie nicht. Ich will aber nichts dagegen einwenden, wenn jetzt nur eine mäßige Erhöhung der Gehalte in Aussicht genommen ist, aber für die Zukunft möchte ich doch auf diesen Wunsch hinweisen.

Wenn wir davon absehen, augenblicklich weitere Forderungen an die Regierung zu stellen, so halte ich es doch für meine Pflicht, noch eine Unterstützung, die wir von anderer Seite erhalten haben, und auf die wir außerordentlich großen Wert legen mußten, hier dankend hervorzuheben. Die Stadt Freiburg ist der Universität dadurch entgegengekommen, daß sie die dringend notwendige Erweiterung der Kliniken auf eigene Kosten ausgeführt hat. Der Herr Regierungsvertreter hat vor einiger Zeit die Bemerkung gemacht, daß in bezug auf die Kunstpflege die Stadt Freiburg ein leuchtendes Beispiel gegeben habe; man wird wohl sagen können, daß auch in bezug auf das Einvernehmen mit der Universität, auf die Unterstützung der Zwecke und Bedürfnisse der Universität die Stadt Freiburg ein leuchtendes Beispiel gegeben hat, und wenn die Groß-Regierung das meines Erachtens begründete Verlangen, daß die Auslagen, die die Stadt Freiburg in dieser Richtung gemacht hat, ihr von Seiten des Staates vergütet werden, abgelehnt hat, wird kein Zweifel darüber obwalten, daß das ein leuchtendes Beispiel hochherzigen Entgegenkommens gegen Stadt und Universität Freiburg nicht ist.

In dem anderen Hohen Hause ist das Ansinnen an die

Groß-Regierung gestellt worden, daß eine umfassende Fürsorge für die Privatdozenten eintreten soll, und ich kann mich mit der ablehnenden Haltung der Groß-Regierung, die sie in dieser Richtung eingenommen hat, nur vollständig einverstanden erklären. Wenn der Staat erklären würde, daß er für jeden Privatdozenten in gewissem Umfange eine Fürsorge übernimmt, so würde dadurch ohne Zweifel ein ganz unerträglicher Zudrang zu der akademischen Karriere hervorgerufen werden. Bedenkt man, daß die akademische Karriere besondere Vorteile bietet, so wird man auch die Konsequenz anknüpfen müssen, daß derjenige, der in diese Karriere eintritt, die Gefahr derselben mit übernehmen muß. Also, daß man jedem Privatdozenten eine Anstellung oder einen Gehalt in Aussicht stellt, ist schlechterdings undenkbar. Der Weg, auf den die Groß-Regierung hingewiesen hat, ist natürlich mit Freuden zu begrüßen. Wenn es sich einmal ergibt, daß ein verdienstvoller Privatdozent einen Ruf an eine auswärtige Universität nicht findet, und wenn dem nun ein Lehrauftrag gegeben werden kann, ist das vollständig angemessen. Nur dagegen möchte ich Protest einlegen, daß in solchen Fällen mit Rücksicht auf das persönliche Verhältnis Ordinariate geschaffen werden, daß persönliche Ordinariate in dem Sinne entstehen, daß sie nur für eine bestimmte Person geschaffen werden; es wird dauernd damit zu rechnen sein, daß mit der Entwicklung der Wissenschaft, mit der Spaltung der einzelnen Wissenszweige neue Ordinariate notwendig werden, und man ist hier in einer gewissen Abhängigkeit von anderen Hochschulen. Wenn an den meisten Hochschulen irgend ein Fach mit einem Ordinarius besetzt wird, so wird auch für badische Hochschulen die Notwendigkeit vorhanden sein, Ordinariate zu schaffen, weil die betreffenden Stellen sonst nicht recht mehr besetzt werden können; aber je mehr mit einer allmählichen Erweiterung der Ordinariate gerechnet werden muß, um so sparsamer muß mit Neuschaffung von Ordinariaten vorgegangen werden, und es dürften deshalb solche persönliche Ordinariate nicht geschaffen werden. Ich kann es von dieser Grundlage aus mit Freuden begrüßen, daß jetzt in Freiburg ein Ordinariat für Geographie geschaffen wird, während ich es ebenso für richtig halte, daß für weniger wichtige Fächer, wie z. B. für Orthopädie, Pädagogik, Journalistik, keine Ordinarien geschaffen werden, obgleich dies in dem anderen Hohen Hause von einzelnen Rednern verlangt worden ist. In diesem Zusammenhang muß ich namentlich auf ein besonders dringendes Desiderium unserer Universität hinweisen, und die dringende Bitte aussprechen, daß im nächsten Budget dieser Wunsch befriedigt wird, nämlich, daß eine Professur für Kunstgeschichte in Freiburg geschaffen werde. Wenn die Verhältnisse von Freiburg und Heidelberg in dieser Richtung verglichen werden, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß hier im nächsten Etat ein Ausgleich stattfinden muß; es ist das das weit-aus dringendste Bedürfnis, das von Freiburg geltend gemacht werden muß.

Der Vorgang der Spaltung unter der Freiburger Studentenschaft ist im anderen Hohen Hause berührt worden, und dieser Vorgang ist natürlich auch von der Freiburger Universitätsbehörde lebhaft bedauert worden. Es ist aber einleuchtend, daß man an diesen Dingen nichts durch äußeres Eingreifen ändern kann, wenn die Studenten nicht mehr mit einander auskommen, kann man sie durch keine Art von disziplinärer Maßregel zusammenbringen. Nur in einer Richtung möchte ich die Freiburger Studenten in Schutz nehmen. Man könnte vielleicht annehmen, daß, wenn Freiburg die einzige Universität ist, wo derartige Vorgänge vorliegen, die Studenten besonders unverträglich, jedenfalls weniger verträglich seien, als an anderen Universitäten. Ich glaube kaum, daß diese Annahme begründet ist. Die Freiburger Ver-

hältnisse weichen eben insofern von denen in Heidelberg und Karlsruhe ab, als die Zahl der katholischen Studenten, insbesondere der katholischen Verbindungen in Freiburg, eine außerordentlich große, erheblich größer ist, als wohl bei anderen Universitäten. Die katholischen Studenten und katholischen Verbindungen bilden in Freiburg gewissermaßen eine Großmacht. Wie zwei Großmächte schwerer miteinander auskommen, als eine Großmacht und ein kleiner Staat, so war auch in Freiburg die Verständigung und das Zusammenhalten zwischen diesen beiden Gruppen schwieriger und hat zu der bedauerlichen Trennung geführt.

Zu dem anderen Hohen Hause ist noch ein Punkt berührt worden, der die juristische Fakultät betrifft. Es ist die Forderung gestellt worden, daß die Damen ebenfalls zum juristischen Staatsexamen zugelassen werden. Es sind hierbei meines Erachtens zwei Fragen zu unterscheiden; daß man die Damen nur examiniert, um ihnen den Abschluß ihrer juristischen Studien zu schaffen, scheint mir nicht angezeigt zu sein. Die Examenslast wird wohl von den Herren, die damit zu tun haben, als drückend betrachtet, und es ist durchaus nicht wünschenswert, daß diese Last unnötig vergrößert wird. Die Jurisprudenz und Rechtswissenschaften studierenden Damen können mit dem Doktorexamen einen angemessenen und ausreichenden Abschluß ihrer Studien erzielen. Eine andere Frage ist allerdings die, ob die Damen zur Advokatur zugelassen werden sollen, und das würde ich an und für sich wohl als vollständig gerechtfertigt erachten. Ob das nach den positiven Bestimmungen jetzt zulässig ist oder nicht, darauf will ich nicht näher eingehen. Wenn es aber entweder als positiv zulässig erklärt wird oder durch weitere gesetzliche Bestimmungen zulässig gemacht wird, so wird es selbstverständlich sein, daß die Damen zum juristischen Staatsexamen, und zwar zum ersten und zum zweiten, zugelassen werden, wobei notwendig wäre, daß sie in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Examen den Vorbereitungsdienst absolvieren können.

Was die zwei weiteren allgemeinen Fragen betrifft, die Besteuerung der Ausländer und die Vorbildung der Mittelschullehrer, so hat mein Heidelberger Herr Kollege so ausführlich darüber gesprochen, daß ich in dieser Beziehung mich kurz fassen kann. Ich glaube, daß der allgemeine Eindruck in diesem Hohen Hause bei den ausgezeichneten Ausführungen meines Herrn Kollegen Bindelband in bezug auf die Behandlung der Ausländer dahin gehen wird, daß diese besonders ungünstige Behandlung der Ausländer in jeder Richtung zu beklagen ist und ich kann mich dieser Auffassung nur voll und ganz anschließen. Ich glaube aber höchstens die Wirkung seiner Worte abzuschwächen, wenn ich seine Ausführungen wiederholen würde. Ich möchte mir nur erlauben, einige kurze Bemerkungen hinzuzufügen. Ich freue mich bei dieser Gelegenheit, Anlaß zu haben, auf Grund von Erfahrungen, die in meiner Familie gemacht wurden, rühmend hervorzuheben, in welcher außerordentlich zuvorkommender Weise Deutsche an amerikanischen und englischen Universitäten aufgenommen werden, nicht bloß von den Professoren, sondern auch von den Studierenden, nicht bloß in wissenschaftlicher, sondern auch in geselliger Beziehung. Ich glaube, daß wir, schon abgesehen von diesen neuen Maßregeln, hinter den Ausländern in dieser Beziehung weit zurückstehen und bei dieser Sachlage ist es nun um so mehr zu bedauern, wenn ein derartiger Akt der Ungastlichkeit von der Großh. Regierung angeordnet wird. Die pekuniären Verhältnisse werden wohl kaum ausschlaggebend sein. Ich habe hier eine Liste der in Freiburg studierenden Ausländer. Es kommen dabei 41 Mediziner, 24 Mathematiker und Studierende der Naturwissenschaften in Betracht, das würde also im ganzen, wenn alle

diese Ausländer das Honorar von 25 M. statt 5 M. zahlen, etwa eine Mehreinnahme von 1000 M. ausmachen. Dieser Betrag kann dafür meines Erachtens nicht ausschlaggebend sein. Ob und inwieweit diese höhere Belastung der Ausländer von Wirkung für die Frequenz sein wird, läßt sich zunächst nicht mit Sicherheit übersehen. Es ist ja ganz richtig, daß diese 20 M. die meisten nicht bestimmen werden, wegzubleiben. In erster Linie kommt die moralische Wirkung einer derartigen unfreundlichen Behandlung der Ausländer in Betracht, und man wird abwarten müssen, wie intensiv dieselbe ist, wenn die Großh. Regierung sich nicht entschließen sollte, die neue unglückliche Bestimmung zu beseitigen. Aber darüber kann jedenfalls kein Zweifel obwalten, daß es ungleich leichter ist, Ausländer von deutschen Universitäten zu vertreiben, als sie anzuziehen. Es hat den Anschein, daß mit Rücksicht auf die Verhältnisse am hiesigen Polytechnikum diese Bestimmung getroffen ist. Wenn das ein Bedürfnis des hiesigen Polytechnikums ist, muß es eben für das hiesige Polytechnikum angeordnet werden. Die beiden Universitäten haben den Wunsch geäußert — bei uns in Freiburg haben sich alle Fakultäten in diesem Sinne ausgesprochen —, daß die Ausländer nicht höher belastet werden sollen, und es ist bedauerlich, wenn mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Polytechnikums den Universitäten etwas oktroyiert wird, wogegen sie sich ganz entschieden erklärt haben.

Was die Forderung betrifft, daß die Mittelschullehrer ausschließlich am Polytechnikum sollen studieren können, also gar nicht mehr genötigt seien, einige Semester an der Universität zuzubringen, so schlägt diese Frage ganz speziell in das Gebiet meines Heidelberger Herrn Kollegen ein. Ich habe kaum Veranlassung, in dieser Beziehung etwas weiteres zu sagen, es genügt, daß ich mich mit seinen Ausführungen vollständig einverstanden erklären kann. Nur Eines möchte ich hervorheben. In dem Petition der polytechnischen Schule, die von Herrn Geheimen Hofrat Dr. Bunte vertreten wird, liegt die Behauptung, daß die fraglichen Vorlesungen, die an den Universitäten und an dem Polytechnikum gehalten werden, sich ganz gleichwertig gegenüberstehen und sich vollständig ersetzen können. Ich habe jedenfalls keine Veranlassung, Einspruch dagegen zu erheben, wenn das mit Bezug auf die Mathematik und die Naturwissenschaften behauptet wird. Es wird wohl auch zugunsten dieser Maßregel noch angeführt, daß die künftigen Lehrer an dem Polytechnikum Vorlesungen hören können, die sie an Universitäten nicht finden. Das wird zuzugeben sein. Dem wird aber meines Erachtens genügend Rechnung getragen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, daß einige Semester am Polytechnikum studiert werden kann. Einige Vorlesungen werden nur an Universitäten oder an denselben ausführlicher und eingehender gehalten. Ich möchte in dieser Beziehung auf die philosophischen Vorlesungen aufmerksam machen, die Vorlesungen über Philosophie haben für den Theologen, Juristen, Historiker, Nationalökonomien größere Bedeutung als für den Architekten und den Ingenieur, und deshalb müssen diese Vorlesungen an den Universitäten anders gehalten werden, als am Polytechnikum, und daher scheint mir die Behauptung, daß diese Vorlesungen vielfach gleichwertig an den Universitäten und dem Polytechnikum gehalten werden, nicht haltbar zu sein und damit fällt der ganze Vorschlag. Ich greife damit allerdings ganz speziell in das Gebiet meines Herrn Kollegen ein, ich glaube aber doch darauf noch besonders eingehen zu sollen, da Herr Kollege Bindelband doch vielleicht zu schüchtern ist, um die glänzende Vertretung, welche die Philosophie in Heidelberg und in Freiburg durch einen seiner Schüler gefunden hat, in diesem Zusammenhang genügend hervorzuheben.

Geh. Hofrat Prof. Dr. **Bunte**: Zunächst liegt mir ob — wie ja auch die Herren Kollegen von Heidelberg und Freiburg getan haben — der Großh. Regierung und den Landständen namens der **Technischen Hochschule** den verbindlichsten Dank auszusprechen für die Förderung, die sie unserer Hochschule im Verlaufe der vergangenen Budgetperiode haben zuteil werden lassen, und wir hegen die sichere Hoffnung, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird. Ich freue mich, diesen Dank aussprechen zu können, um so mehr, als nicht ein materieller Hintergrund die Technische Hochschule verpflichtet, diesmal besonders dankbar zu sein, nicht etwa weil hohe Anforderungen im Budget für die nächsten Jahre vorgezogen sind, sondern weil es lediglich ideale Interessen sind, die zurzeit im Vordergrund unserer Wünsche stehen. Allerdings kann ich nicht ohne weiteres sagen, daß in Zukunft die Anforderungen auf der bescheidenen Stufe stehen bleiben werden, die wir im vorliegenden Budget eingenommen haben. Die Technische Hochschule, die gewohnt ist, mit realen Verhältnissen zu rechnen, hat sich der dringenden Wunsch der Großh. Regierung, bei der knappen Finanzlage nur das Allernotwendigste in den Voranschlag einzustellen, sehr zu Herzen genommen und auf alles verzichtet, was nicht zu den dringlichsten Erfordernissen gehört. Aber die Zeit wird bald kommen, wo es unabweislich sein wird, eine Reihe von Bedürfnissen zu befriedigen, Institute, die zum Teil nicht wenig kostspielig sind, zu errichten, die es dann notwendig machen, daß auch weitere Fridericianer wieder mit der Bitte um größere Mittel an die Großherzogliche Regierung herantreten. Wir sind überzeugt, daß sie auch in Zukunft dort ein offenes Herz und eine offene Hand und ebenso bei den Landständen ein volles Verständnis für ihre Bestrebungen finden wird. In dieser Beziehung ist der Etat der preussischen Unterrichtsverwaltung für die laufende Periode sehr lehrreich; Sie finden darin erhebliche Summen für besondere Institute auf dem Gebiete des Ingenieurwesens nicht nur an den neuen technischen Hochschulen in Danzig und Breslau, sondern auch in Berlin, Hannover und Aachen, von denen wir hier nur die ersten Anfänge haben. Und wenn wir nicht zurückbleiben wollen, so müssen wir auf diesem Wege — wie ich glaube, zum Besten des Ganzen — fortschreiten. Ich kann das ruhig der Zukunft überlassen, aber ich möchte wenigstens die Bitte anschließen, daß der Wunsch des Herrn Vorredners der Physik um einen Anner an das physikalische Institut sobald als möglich erfüllt werde, zumal, da hierfür bereits Mittel vorhanden sind und da in aller nächster Zeit wohl an die Errichtung eines neuen physikalischen Instituts noch nicht herangetreten werden kann.

Was nun die weiteren Bemerkungen angeht, so werde ich mich am besten an das Programm halten, das der gelehrte Herr Berichterstatter, Erzellenz Bürlin, in seinen ausgezeichneten einleitenden Worten gegeben hat. Zunächst drängt sich ein Thema auf, das Herr Kollege Windelband in geistreicher Weise behandelt hat: die **Berechtigungsfrage** der neunklassigen Mittelschulen zum akademischen Studium und zu den Staatsprüfungen. Ich kann nur meine ungeteilte Freude über die Lösung dieser Frage zum Ausdruck bringen, nicht allein in dem Sinne des Herrn Kollegen Windelband, sondern auch in dem anderen Sinne, daß die Bildungsanstalten, die das 19. Jahrhundert geschaffen hat, nunmehr als gleichwertig und gleichberechtigt mit den alten Bildungsanstalten aufgenommen worden sind; dadurch kann, wie ich glaube, nur eine Bereicherung in der Erziehung unserer Jugend eintreten. Ich begrüße diese Entscheidung auch im Interesse unserer Städte, namentlich unserer badischen Städte, die gerade in dieser Richtung mit außerordentlichem Opfermute vorangegangen sind und gewissermaßen zuerst ver-

sucht haben, die Bildungselemente, welche das vergangene Jahrhundert unserem alten Bestand zugefügt hat, für die Erziehung der Jugend auszunützen. Ich begrüße es endlich mit besonderer Freude, daß auch in dieser Beziehung für die Studien an der Technischen Hochschule reiner Tisch gemacht worden ist. Die Wirkung der Gleichberechtigung aller neunklassigen Schulen wird nicht so bald, als vielleicht von einer Seite gefürchtet oder von anderer Seite gehofft wird, in die Erscheinung treten, und zwar liegt der Grund darin, daß die humanistischen Gymnasien, die auf historischer Grundlage beruhen, zurzeit in einer so großen Uebersahl vorhanden sind, daß demgegenüber — wenigstens wenn ich das ganze deutsche Vaterland zusammenfasse — die neue Richtung der Erziehung relativ nur in untergeordnetem Maße in Betracht kommt. Nach einer Statistik, die mir kürzlich zugegangen ist, sind von den etwa 700 Mittelschulen in Preußen, das mit der Berechtigungsfrage zuerst vorangegangen ist, 43 Proz., also fast die Hälfte in Orten, in welchen überhaupt kein anderes Bildungsmittel, keine andere Schule als das Gymnasium sich befindet, etwa eine Realschule oder eine Oberrealschule; ähnlich liegen auch bei uns in Baden die Verhältnisse, so nämlich, daß die Gymnasialbildung für alle diejenigen Elemente, die künftig leitende Stellungen im Staat und in der Gesellschaft ausüben, weitaus überwiegt. Es sei nur darauf hingewiesen, daß von den Abiturienten, die von den Mittelschulen zu Hochschulen übergehen, in Preußen die Zahl der rein gymnasial Gebildeten vier Fünftel oder 80 Proz. ausmacht, während die übrigen von realistischen Anstalten kommen; bei uns in Baden, hauptsächlich bedingt durch das Vorgehen der Städte, ist der Prozentsatz der Abiturienten mit ausschließlich humanistischer Vorbildung kleiner, beträgt aber immer noch zwei Drittel. Bei diesem Zustand wird es wohl noch ein Menschenalter dauern, bis sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben und solche Störungen eintreten werden, wie sie der verehrte Herr Kollege Windelband für die Universitäten in Aussicht genommen hat. Es ist ja nichts natürlicher, als daß die größere Mehrzahl der auf realistischen Anstalten gebildeten Schüler den technischen Verufen sich zuwenden. Es wird nicht die Regel sein, daß die Oberrealschulabiturienten etwa die Vorlesungen des Herrn Kollegen Windelband aufsuchen werden, um bei ihm Philosophie zu studieren. Ich glaube also, die Schwierigkeiten werden geringer sein, als man sich vorstellt. Nichtsdestoweniger ist es meines Erachtens eine wichtige Aufgabe der Staatsregierung nicht nur, sondern aller gebildeten Kreise, diese Verhältnisse im Auge zu behalten und, nachdem man die Gleichwertigkeit der Bildungsmittel verschiedener Schularten anerkannt hat, zu untersuchen, ob es nicht notwendig ist, und in welcher Weise es möglich zu machen wäre, um den humanistischen Gymnasien, ohne ihre Eigenschaft zu stören, auch von den Bildungselementen des 19. Jahrhunderts etwas mehr zuzuführen, u. zu erwägen, ob nicht in diese Schule ein reichlicheres Maß von Naturwissenschaften aufgenommen werden könnte, namentlich für diejenigen Kreise, welche in späteren Jahren sich nicht mehr mit diesen Disziplinen beschäftigen und nur einen der Allgemeinbildung dienenden Gebrauch davon zu machen wünschen. Ich weise hin auf die seit einem Jahrhundert wesentlich geänderten Verhältnisse in den Umgangssprachen. Während man früher nur selten von dem am Gymnasium erlernten Französisch und kaum vom Englischen Gebrauch machen konnte, ist es heute kaum mehr möglich, über die Grenzen des engsten Vaterlandes hinauszukommen, ohne in Verlegenheit zu geraten, wenn man nicht einigermaßen in anderen Kultursprachen sich verständlich zu machen weiß, ganz abgesehen von der Erschließung der wissenschaftlichen und technischen englischen und fran-

zöfischen Literatur. Ich möchte ferner auf die Strömungen hinweisen, die in zwei großen Gesellschaften sich verdichtet haben: in dem „Verein deutscher Naturforscher und Aerzte“ und dem „Verein deutscher Ingenieure“, welche die Bildungsfrage und die Organisation des Unterrichts an den Mittelschulen in besonderen Kommissionen beraten haben. In diesen Schulkommissionen ist in übereinstimmender Weise die Resolution gefaßt worden, daß es dringend notwendig ist, an den Gymnasien — so lange wenigstens noch, wie unter den jetzigen Verhältnissen ein so außerordentlich großer Prozentsatz derjenigen aller gebildeten Kreise, die künftig leitend und führend auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens sich betätigen, diese Anstalten bevorzugen — etwas mehr von den Elementen unserer Naturwissenschaften zu vermitteln, als dies bisher der Fall ist. Die Technische Hochschule — das will ich, um Mißverständnisse zu vermeiden, gleich anführen — hat daran ein geringes Interesse; denn wer später das Studium der Naturwissenschaften und der Technik als Lebensaufgabe betreibt, wird das nachholen, was in dieser Richtung auf der Mittelschule etwa verkümmert ist. Ganz anders liegt die Sache bei dem übrigen Teil unserer gebildeten Kreise, die später meist keine Gelegenheit mehr haben, in dieser Vollkommenheit und in diesem Umfang sich mit den allgemein bildenden Elementen der neuen Entwicklung vertraut zu machen. Wie dem Rechnung getragen werden kann, kann ich hier nicht ausführen. Das muß ich denjenigen Kreisen von Sachverständigen überlassen, welche in der Lage sind, zu beurteilen, ob es ohne Ueberbürdung möglich sein wird, unserer Jugend noch ein volles Maß naturwissenschaftlicher Bildung mit auf den Weg zu geben. Ich möchte das bezweifeln; aber wenn man ohne Rücksicht auf das Gegebene und historisch Gemordene sich ein Bildungsideal macht, wenn man etwa bei der Erziehung des ersten Sohnes sich denkt, wie man ihn wohl am zweckmäßigsten unterrichten würde, so glaube ich kaum, daß ein Vater den Stundenplan des heutigen humanistischen Gymnasiums ohne weiteres zugrunde legen würde; ich glaube, daß das Bildungsideal dem näher kommen würde, was Goethe schon vor hundert Jahren in Wilhelm Meister gezeichnet hat.

Unmittelbar im Zusammenhang mit dem Mittelschulwesen steht die Lehrerbildungsfrage. Der Herr Berichterstatter, Erzellenz Birkin, hat den Schluß derjenigen Ausführungen, die ich hier zu begründen habe, schon mitgeteilt. Wir wünschen eine Freizügigkeit, nicht wie Herr Kollege Kümelin geglaubt hat, annehmen zu müssen, nicht eine ausschließliche Bildung der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften, sondern lediglich eine Freizügigkeit bei den Kandidaten der Mathematik und Naturwissenschaften zwischen den Universitäten und Hochschulen. Wir wünschen nicht ein obligatorisches Studium von einigen Semestern oder Jahren, wie man denken könnte, an der Technischen Hochschule, sondern wir wünschen lediglich volle Freiheit, volle Gleichwertigkeit, wie sie ja im äußeren auch anerkannt ist, auf diesem Gebiete der Erziehung der Lehrer an Mittelschulen, ohne jede Bevorzugung. Bis jetzt, und namentlich in dem neueren Erlasse vom Jahre 1903 ist der normale Erziehungsgang der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften an den Mittelschulen der, daß sie eine Staatsuniversität besuchen. Von der Existenz einer Hochschule, die die technischen Wissenschaften pflegt, ist in diesem Erlasse nur insoweit die Rede, als es gestattet ist, daß von der Studienzeit, welche an der Technischen Hochschule verbracht wird, drei Semester auf das im ganzen achtmontätige Studium angerechnet werden können. Es ist das zweifellos ein Ausweg, den man gefunden hat, um für diejenigen Studenten, welche von der Tech-

nischen Hochschule kommen, nicht unnötigerweise das Studium zu verlängern. Die Frage, ob das Studium an der Technischen Hochschule gleichwertig sein soll und kann mit dem an den Universitäten, diese Frage ist zunächst hier gar nicht zu entscheiden; denn ich zweifle nicht, daß der rege Wechsel, der auf vielen anderen Wissensgebieten zwischen den Universitäten und der Technischen Hochschule besteht, auf diesem Gebiete zum Wohle des Ganzen immer stattfinden wird. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn ein Student der Naturwissenschaften und Mathematik nicht das Bedürfnis fühlen würde, an einer der alten Hochschulen und Universitäten unseres Landes oder des Auslandes die Sphäre seines Gesichtskreises noch weiter in der einen oder anderen Richtung zu erweitern und zu vervollständigen, die bei unserer Technischen Hochschule nicht in dem Umfang vertreten werden kann. Die allgemeine Freizügigkeit zwischen den deutschen Universitäten hat gerade diese außerordentlich rege wissenschaftliche Betätigung nicht nur unter den Studenten, sondern auch bei den Lehrern hervorgebracht, und so liegt es uns auch vollständig fern, ein Monopol für die Erziehung der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften an der Technischen Hochschule verlangen zu wollen, wie das bis jetzt bei den Universitäten der Fall ist. Die Technische Hochschule hat auch kein besonderes Interesse an der Frage, weil sie glaubt, daß auch ohne Zwang Schüler kommen werden. Es studieren zurzeit 15 Kandidaten der Mathematik und Naturwissenschaften an unserer Hochschule. Nach den bestehenden Satzungen müssen dieselben, wenn sie nicht überflüssig lang studieren wollen, die Hochschule nach drei Semestern verlassen und werden auf die Universität übersiedeln; im Wege des Dispenses werden drei Semester ohne weiteres angerechnet werden können. Das ist aber, selbst wenn die Dispenserteilung weit über das jetzige Maß hinaus verlängert würde, keine Gleichberechtigung. Normalerweise hat der Lehramtskandidat Mathematik und Naturwissenschaften ausschließlich an der Universität zu studieren. Ob nun die Universität die ausschließliche Berechtigung für die Ausbildung der Lehrer in Mathematik und Naturwissenschaften für sich in Anspruch nehmen kann, das ist nach der heutigen Lage der Dinge mindestens in mancher Hinsicht zu bezweifeln. Charakteristisch dafür ist, daß in Preußen eine facultas für angewandte Mathematik geschaffen worden ist. Die angewandte Mathematik erfordert eine Reihe von Instituten, mit denen unsere badischen Universitäten — zurzeit wenigstens — noch gar nicht versehen sind; aber weit über das dort vorhandene Maß hinaus, wie in Göttingen und Jena, wo man besonders diese Einrichtung pflegt, sind unsere Technischen Hochschulen mit Einrichtungen versehen, die den Mathematikern einen weiten Gesichtskreis für die Anwendbarkeit ihrer Methoden eröffnen. Ich brauche im einzelnen nicht aufzuzählen, in wie vielen Zweigen der technischen Wissenschaften die Mathematik als eines der wichtigsten Hilfsmittel für Forschung und Lehre benutzt wird; gehen Sie in die Hörsäle aller Professoren der Ingenieurwissenschaften, so finden Sie die Tafeln mit mathematischen Formeln geschnitten. Es ist bei Gelegenheit der Diskussion dieser Frage im anderen Hohen Hause darauf hingewiesen worden, daß an der Technischen Hochschule ja die Mathematik nur gewissermaßen in Rücksicht auf die technische Anwendbarkeit gepflegt werde. Ich setze voraus, daß dieses „nur“ nicht eine Minderwertigkeit dieser wissenschaftlichen Richtung bezeichnen wollte; denn davon kann gar keine Rede sein. Die Mathematik ist sowohl qualitativ als quantitativ an unserer Technischen Hochschule in gleicher Weise vertreten, wie an den Universitäten. Ja, was den Umfang der Studien anbelangt, so spielt an der Technischen Hochschule die Mathematik zweifellos eine

größere Rolle. Wir haben vier Ordinarien und zwei sehr tüchtige Privatdozenten, welche einen Stab junger, strebsamer Mathematiker um sich versammelt haben, und es wird nach unserem Programm eine große Fülle mathematischer Fragen behandelt. Ich glaube, daß es nur einer ganz geringen Aenderung des Lehrplans bedürfen wird, um zu ermöglichen, daß nach der mathematischen Richtung die Kandidaten für Mathematik und Naturwissenschaften voll auf ihre Rechnung kommen. Bezüglich der Naturwissenschaften, welche sehr kostspielige Einrichtungen erfordern, ist die Technische Hochschule glücklicherweise bereits mit den erforderlichen Einrichtungen versehen. Und wenn der Verein deutscher Ingenieure vor ganz kurzer Zeit in einer Resolution zum Ausdruck gebracht hat, daß „die Technischen Hochschulen mit Einrichtungen versehen werden sollen, welche die volle Durchbildung der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften ermöglichen“, so ist unsere Freidericiana in der erfreulichen Lage, über diese Einrichtungen bereits zu verfügen. Ich möchte deshalb die Großh. Regierung bitten, daß sie dieses Kapital, welches an der Technischen Hochschule gewissermaßen bis jetzt bei uns brach lag, daß sie es fruchtbar mache dadurch, daß sie die Freizügigkeit zwischen den drei Hochschulen des Landes für die Lehramtskandidaten der Mathematik und Naturwissenschaften durch eine Verordnung zum Ausdruck bringt. Ich bin überzeugt, daß damit kein Schaden gestiftet wird. Denn die künftigen Kandidaten der Mathematik und Naturwissenschaften werden dann sehen, wie der Betrieb an unserer Technischen Hochschule ist; sie werden Kenntnis nehmen von mannigfaltigen Berührungen, welche die Mathematik mit dem praktischen Leben bietet; sie werden Kenntnis erhalten von einer Reihe von Einrichtungen und Laboratorien auf dem Gebiete der Ingenieurwissenschaften und Elektrotechnik, die sie niemals zu sehen bekommen, wenn sie ihre Studien lediglich auf der Universität beginnen und vollenden. Ich glaube, daß das für unsere ganze Bevölkerung und für unsre Schüler nur von Vorteil sein kann. Wenn jetzt die Abiturienten des Gymnasiums, des Realgymnasiums oder der Oberrealschule sich Rat holen wollen, wie man Ingenieurwissenschaften studiert, so werden sie ihren Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften, wenn er den normalen Weg eingehalten und lediglich auf der Universität seine Studien gemacht hat, vergeblich fragen; er muß sagen: ich weiß es nicht. Wenn wir dagegen nach einer Reihe von Jahren eine Anzahl von Kandidaten haben, welche auch auf der Technischen Hochschule ihre Studien gemacht haben, so bin ich fest überzeugt, wird dieser Rat in mancher Beziehung nicht nur für Väter und Söhne, sondern auch für Viele, welche mit der Technik in Berührung kommen, von außerordentlichem Wert sein, und auch in den Kreisen der Gebildeten wird sich die Kenntnis der Arbeiten an der Technischen Hochschule mehr verbreiten, als es leider bisher der Fall gewesen ist.

Ich glaube, damit diesen Wunsch begründet zu haben, und hoffe, daß es mir gelungen ist, zum Ausdruck zu bringen, daß es sich hier nicht um einen unberechtigten Antagonismus gegenüber den Universitäten handelt. Ich bin mit den Auseinandersetzungen des Herrn Geh. Rat Winkelband in bezug auf den Wert philosophischer Studien vollständig einverstanden. Ich würde es beklagen, wenn ein Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften sich nicht auch nach Heidelberg begeben würde, um dort an der Hand des Meisters sich auf die Höhen philosophischer Weisheit führen zu lassen.

Ich habe nun nur noch kurz einiges zu bemerken über die Organisation unserer Prüfungen: der Diplomprüfung und Doktorprüfung. Die Titel „Doktoringenieur“ und „Diplomingenieur“, zwei Namen, die durch besonders geschmackvollen Klang sich nicht gerade

auszeichnen, und viele Anfechtungen gefunden haben, haben sich trotzdem in weiten Kreisen Anerkennung und Achtung errungen, und so kann man sagen, daß diese im Anfang aufdringlichen Unannehmlichkeiten allmählich sich gemildert haben, wenn auch hier und da noch der Wunsch hervortritt, daß man diese Titel etwas geschmackvoller gestalten solle, etwa wie es in München geschehen ist und auch von uns beabsichtigt war. Die Organisation der Prüfungen hat sich im allgemeinen bewährt. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß das Diplomexamen nun vereinigt werden soll — und in allernächster Zeit, wie wir hoffen — mit der ersten Staatsprüfung. Es wird dadurch für die Technische Hochschule sowohl, wie für den Staat manches vereinfacht und, glaube ich, auch verbessert werden. Ich glaube nicht, daß durch diese Verquickung von Staatsexamen und Diplomexamen eine gewisse Steifheit in den Organismus hineinkommt, die, so lange es ein rein akademisches Examen war, nicht vorhanden war. Ich bin überzeugt, daß unsere Staatsstellen den Fortschritten der Wissenschaft und den Anforderungen des praktischen Lebens ebenso sehr Rechnung tragen werden, wie es der Wunsch der Technischen Hochschule ist. Das Diplomexamen wird nicht selten gemacht von Chemikern, die als Doktoren der Philosophie ihre Studien an unserer Hochschule mit einem Diplomexamen zum Abschluß bringen und es auch nicht unter ihrer Würde halten, nächst dem Dokortitel auch noch den Titel eines Diplomingenieurs zu führen. Es ist vielfach gesagt worden, daß die Technische Hochschule eigentlich den Doktor gar nicht braucht, es sei — und zwar in Kreisen der Techniker wurde das gesagt — eine ganz überflüssige Bezeichnung des Technikers, der auch ohne diesen Titel auskommen könne. Darin liegt zweifellos etwas Wahres; allein die Statistik der letzten vier Jahre zeigt denn doch, daß der „Doktoringenieur“ sich an unserer Hochschule ganz gut eingebürgert hat. Wenn man bedenkt, welche Leistungen erfüllt, welche Widerstände überwunden werden müssen, wie nach mindestens vierjährigem Studium zunächst der Diplomingenieur errungen werden muß, bis man von dieser ersten Stufe zur Höhe eines Doktoringenieurs aufsteigen kann, während an den Universitäten ohne weiteres nach sechs, spätestens nach acht Semestern der Doktor der Philosophie winkt, so muß man zugeben, daß die Häufigkeit des Doktors der technischen Wissenschaften natürlich eine beschränktere sein wird, als an den Universitäten. Ich hoffe, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, wenn ich kurz sage, daß in der Abteilung für Chemie in den verflochtenen Jahren 28 Herren den Doktor gemacht haben, daß in der Abteilung für Elektrotechnik ebenfalls sechs Herren zu Doktoren promoviert wurden, in der Abteilung für Ingenieurwesen zwei, Maschinenwesen fünf den Doktor bestanden haben; ja selbst in der Abteilung für Architektur, die sich diesem Titel gegenüber besonders ablehnend verhielt, namentlich deswegen, weil ihr Beruf mehr für einen künstlerischen, als einen gelehrten gilt, weshalb sie nicht ganz mit Unrecht auf den Dokortitel verzichtete, ist ein Doktoringenieur freiert worden. Aus diesen Zahlen wird hervorgehen, daß selbst in den Abteilungen, denen gewissermaßen der Dokortitel an der Jahrhundertwende in den Schoß geschüttelt worden ist, zum Teil gegen ihren Wunsch davon Gebrauch gemacht worden ist, und daß sich ein wissenschaftliches Streben nach Erreichung dieses Zieles in genügendem Maße gezeigt hat. Man kann also sagen, diese Organisation hat sich im großen ganzen bewährt und wird sich in Zukunft ebenfalls, wie wir hoffen, bewähren.

Es ist nun eine Lücke in unserer Organisation der Studien, und diese Lücke zeigt unsere allgemeine Abteilung. Der allgemeinen Abteilung ist es ver sagt, den Doktor zu verleihen und zwar offenbar aus denselben Rücksichten,

die von den Herren Kollegen der Universitäten zum Teil in treffender, zum Teil auch in mißverständlicher Weise bei der Lehrerbildung hervorgehoben worden sind. Die allgemeine Abteilung unserer Technischen Hochschule kann und will nicht mit der philosophischen Fakultät der Universität konkurrieren. Nicht so ist es, wenn wir die Aufgabe der Mathematik und Naturwissenschaften als zur allgemeinen Abteilung gehörig betrachten. Es ist ein bedauerlicher Zustand, daß unsere Kollegen von der Mathematik nicht in der Lage sind, ihre eigenen Schüler heranzubilden, ihre fähigen Schüler zu Assistenten zu machen und ihre Assistenten zu Doktoren zu promovieren, wenn ihnen doch unzweifelhaft das Recht zusteht, einen von auswärts kommenden Doktor in unserer allgemeinen Abteilung zu habilitieren, und ihn damit auf seine Fähigkeit zur Erfüllung der höchsten akademischen Leistung zu prüfen. Es sind vielleicht formelle Bedenken vorhanden, welche die Verleihung des Grades eines Doktors an dieser Abteilung bis jetzt noch verhindern. Ich glaube aber, daß mit gutem Willen ein Weg gefunden werden könnte und möchte die Großh. Regierung sehr bitten, diesen Weg zu suchen, zumal, da unsere Kollegen, wie ich schon vorhin erwähnte, weder an Zahl, noch an wissenschaftlicher Bedeutung den übrigen Kollegen nachstehen. Vielleicht wird sich diese Frage mit der Lehrerausbildung verbinden lassen. In den anderen rein philosophischen Disziplinen ist weder der Wunsch, noch das Bedürfnis vorhanden, in das Programm der Universitäten einzugreifen. Ich glaube nicht, daß die Verleihung der Berechtigungen der Lehrerausbildung und Promotion den angekommenen Rechten unserer alten und ehrwürdigen Universitäten den geringsten Abbruch tut. Ich kann zur Beruhigung anführen, daß die Lehrerbildungsfrage angeregt wurde von einem der hervorragendsten Mathematiker an der Universität Göttingen, Geh. Rat Klein, der mit Entschiedenheit dafür eintritt, daß den Technischen Hochschulen das Recht der Ausbildung von Lehrern der Mathematik und Naturwissenschaften gewährt wird.

Nur noch wenige Worte betreffs der Frequenz unserer Technischen Hochschule. Die Frequenz im ganzen hat — man kann wohl sagen — kaum abgenommen, wenn man die runden Zahlen ins Auge faßt; aber man muß sich doch darauf gefaßt machen, daß die Schwankungen, die sich in der Industrie, im wirtschaftlichen Leben überhaupt zeigen, auch in ihren Wirkungen sich auf der Hochschule fühlbar machen werden; und augenblicklich müssen wir noch mit dem Umstand rechnen, daß zu den bestehenden Hochschulen zwei weitere gekommen sind: die Hochschulen in Danzig und Breslau, also eine Vermehrung um 20 Proz., die auf die Frequenz nicht ohne Einfluß bleiben wird, zumal gerade unsere Friedrichiana sehr großen Zuzug aus denjenigen Gegenden hatte, die jetzt mit besonderen Hochschulen bedacht worden sind. Daß dies zunächst in der Frequenz sich äußerlich wenig bemerkbar macht, ist dem Umstand zuzuschreiben, der schon zur Sprache gekommen ist, das ist die Ausländerfrage. Es sind eine ganze Reihe von Elementen der Technischen Hochschule zugewachsen, welche früher nicht die Absicht gehabt hatten, hier zu studieren, aus dem zwingenden Grunde, daß die Hochschulen in Rußland geschlossen sind, und daß im Nachbarland Oesterreich ein außerordentlich großer Platzmangel vorhanden ist, weil sich die Unterrichtsverwaltung nicht entschließen kann, neue Institute herzustellen. Die Sachen sind so offenkundig, daß man darüber wohl reden kann. Wir begrüßen selbstverständlich alle diese Elemente aus dem Ausland, soweit sie hier Bildung suchen, in gastlicher Weise, und haben bisher keine Veranlassung gehabt, in irgend welcher Weise mit unseren Gästen unzufrieden zu sein; namentlich von den Oesterreichern, Schweizern, Holländern, Finnländern und Baltten läßt sich im allgemei-

nen behaupten, daß sie wirklich gute Elemente der Hochschule darstellen, und wir haben nicht die mindeste Veranlassung, ihr Kommen zu beklagen; im Gegenteil, wir begrüßen sie auf das gastfreundlichste. Ich habe mich im vorigen Jahre in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wie es in treffender Weise seitens des Herrn Kollegen Windelband für Heidelberg und im Anschluß daran auch durch den Freiburger Herrn Kollegen Rümelin geschehen ist. Bei der Technischen Hochschule liegen die Verhältnisse hier anders, als bei den Universitäten. Während diejenigen Kreise, welche später in den Staatsdienst zu gehen wünschen, als Juristen, Theologen usw., von ihren im Ausland zugebrachten Studien wenig oder gar nichts haben, wenn sie sich im Anfang diesen Studien widmen, so ist es etwas anderes, wenn sie am Schlusse, um ihren Gesichtskreis zu erweitern, ins Ausland gehen, um dort noch hervorragende Lehrer zu hören. In der Technik ist das anders. Der junge Mann, dessen Augenmerk auf die Erreichung eines Zieles in der Technik hingeworfen ist, dem liegt daran, sein Ziel möglichst bald zu erreichen und nicht Jahre lang zu warten, bis die Hochschulen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Diese wenden die paar hundert Kilometer daran u. gehen nach Karlsruhe, Heidelberg oder Freiburg, wo die besonderen Zweige der Wissenschaft in hervorragender Weise vertreten sind, und wo sie daneben auch noch neue soziale und wirtschaftliche Verhältnisse kennen lernen. Deswegen ist der Zufluß zur Technischen Hochschule außerordentlich viel größer, als das bei den Universitäten der Fall ist. Und in verschiedenen Hochschulen des Deutschen Reichs ist deshalb der Wunsch aufgetreten, diesen übermäßigen Zuzug zurückzudrängen. Nachdem nun im ganzen Umkreis unseres deutschen Vaterlandes damit vorgegangen worden ist, den Ausländern eine kleine Steuer aufzuerlegen, so liegt für uns kein Grund vor, daß wir uns ausschließen. Ich glaube nicht, daß es Mangel an Gastfreundschaft ist, wenn man den Gästen, einem vielfach hervorgetretenen Wunsch der Volksvertretung entsprechend in Form dieser Auflage Gelegenheit gibt, ein kleines Gastgeschenk gleich bei der Ankunft auch uns darbringen zu dürfen. Ich glaube nicht, daß das einen so prohibitiven Charakter annehmen kann, wie es von Herrn Kollegen Windelband hier ausgedrückt worden ist. Wir haben uns daher dem Vorschlag der Regierung angeschlossen bzw. sind dem Beispiel anderer Hochschulen gefolgt, einen Zuschlag zur Aufnahmegebühr und zu den Inskriptionsgeldern zu erheben.

Damit sind diejenigen Punkte berührt, die im Laufe der Debatte hervorgetreten sind und die sich auf die Technische Hochschule beziehen. Ich möchte nur noch einmal die Bitte aussprechen, daß das Wohlwollen dieses wie des anderen hohen Hauses, das ja bei dieser Budgetperiode, wie in früheren, wo wir reichlicher aus dem vollen Säckel der Staatskasse schöpfen durften, zum Ausdruck kam, der Hochschule erhalten bleiben möge, wie auch das Wohlwollen der Großh. Regierung.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Freiherr v. Dusch: Ich habe nicht die Absicht, so eingehend auf die vortrefflichen Ausführungen der drei Herren Vorredner zu antworten, als sie ihre Anträge und Wünsche begründet haben. Ich kann aber nicht umhin, auf einzelne allgemeine Fragen und einige spezielle Anregungen heute, und zwar in einem Punkte zum zweitenmale, einzugehen. Dieser Punkt, der schon gestern erörtert worden ist, ist die Frage, ob nicht eine Aenderung in den Vorschriften über die Vorbildung der Lehrer der Mittelschulen für Mathematik und Naturwissenschaft insofern eintreten sollte, als die Beschränkung auf drei Semester Studium an der Technischen Hochschule beseitigt werden soll. Es sind heute die Gründe, die gegen diese Maßregel sprechen, seitens des Herrn Geh. Rats Dr. Windelband und

des Herrn Geh. Hofrats Dr. Nümelin in so eingehender Weise zutreffend dargelegt worden, daß ich mich weiteren Ausführungen für meine Person vollständig überhoben erachten könnte. Ich kann auch aus dem, was Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte in einem von mir durchaus gewürdigten Interesse für die Technische Hochschule ausgeführt hat, eigentlich nichts entnehmen, was mich in meiner gestern geäußerten Meinung etwa schwankend machen könnte. Ich glaube nicht, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein Grund gegeben ist, die Verordnung abzuändern, denn mindestens drei Semester können die betreffenden Studenten schon jetzt an der Technischen Hochschule zubringen und über die weitere Tatkraft sind wir alle einig, nämlich, daß es unbedingt wünschenswert sei, daß auch die Studenten der Mathematik und Naturwissenschaften, die sich als Lehrer für Mittelschulen Vorbilden, mindestens einige Semester an der Universität zubringen. Man könnte höchstens darüber streiten, ob man nicht, da zweifellos die Studenten immer einen großen Teil ihres Studiums an den Universitäten zubringen - und die technischen Hochschulen die Entscheidung der Frage als eine Art Ehrensache hinstellen, dieses Bedürfnis der technischen Hochschule befriedigen und eine Freizügigkeit pro forma herstellen sollte, so daß die Herren, wenn sie wollten, ihre ganze Zeit an der Technischen Hochschule zubringen können. Ich glaube aber, daß auch aus diesem Gesichtspunkte ein genügender Grund für eine Aenderung der sachlich durchaus vernünftigen und gerechten Verordnung nicht entnommen werden könnte. Man könnte höchstens erwägen, ob nicht die Zahl der Semester, die an der technischen Hochschule zugebracht werden, erweitert werden sollten. Aber auch in dieser Richtung scheint mir ein dringendes Bedürfnis nicht vorhanden zu sein. Die Regierung ist aber an sich geneigt, nochmals in eine gründliche Erwägung aller Gründe pro und contra in dieser Frage einzutreten, sie ist gerne bereit, Erhebungen in anderen Staaten zu machen, wie sich die Sache dort gestaltet und ob dort etwa eine den geäußerten Wünschen entsprechende Regelung sich bewährt habe; aber jetzt in eine ausdrückliche Aenderung der Verordnung einzutreten, dazu glaubt die Großh. Regierung einen genügenden Anlaß nicht zu haben.

Es hat sodann ein Punkt von allgemeiner Bedeutung ausführliche Erörterung seitens der drei Herren Vorredner gefunden, die Frage der Ausländer an unseren Hochschulen. Es ist - teilweise mit recht scharfen Ausdrücken - 3. B. seitens des Herrn Geh. Hofrats Dr. Nümelin die „Ungastlichkeit“ der Regierung getadelt worden, die sich darin ausdrückt, daß von den Ausländern erhöhte Gebühren erhoben werden sollen. Die sehr unerhebliche Höherbelastung, die für die Ausländer an der Universität eingeführt worden ist, dürfte kaum das Prädikat „ungastliche Maßregel“ verdienen. Wenn seitens des Herrn Geh. Rats Windelband ausdrücklich anerkannt worden ist, daß die Inländer in der Belegung der Plätze einen gewissen Vorrang haben müssen, so liegt meines Erachtens in der Anerkennung eines solchen Vorrangs eine weit größere Ungastlichkeit gegen die Ausländer. Es ist unter Umständen für die Ausländer viel bedenklicher, wenn sie in unseren Auditorien keinen Platz mehr finden, als wenn sie etwas erhöhte Gebühren bezahlen. Vor allem aber darf ein Gesichtspunkt nicht ganz außer Betracht gelassen werden, daß an sich die Inländer in finanzieller Beziehung eine zuvorkommendere Behandlung verdienen: Die Inländer verwerten auch ihre Kenntnisse im Inlande, während die Ausländer bei uns Kenntnisse schöpfen, die sie im Auslande bei sich verwerten. Es wäre das an sich freilich kein genügender Grund zu einer ungleichen Behandlung, es sprechen auch andere Gründe mit, auf die im Einzelnen ich nicht eingehen möchte. Ich möchte nur kurz betonen, daß auch die Finanzfrage in dieser Beziehung eine nicht ganz

unerhebliche Rolle spielt, wenn auch weniger an den Universitäten; wohl aber bezüglich der Technischen Hochschule. Es handelt sich da um eine so große Zahl von Ausländern, daß in der Tat für die Technische Hochschule eine Erhöhung der Gebühren eine recht erhebliche Mehreinnahme ergibt. Es sind Hunderte von Studenten, so daß unter Umständen durch diese große Zahl Ausländer die Unterrichtsverwaltung geradezu genötigt wird, die Auditorien zu vergrößern, neue Einrichtungen zu schaffen. Nun ist es gewiß keine Unbilligkeit, wenn man da mit einer nicht ganz unerheblichen Erhöhung der Gebühren eingreift. Es ist das gerade bezüglich der Technischen Hochschule eine nicht speziell badische Maßregel, sondern, wie Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte hervorgehoben hat, ist das nunmehr in ganz Deutschland geschehen. Ich möchte in keiner Weise auf die Frage eingehen, ob nicht auch noch andere Gründe vielleicht einigermaßen in Betracht gezogen werden könnten, nämlich Gründe, die dafür sprechen, überhaupt den Zugang der Ausländer an unserer Technischen Hochschule herunterzusetzen. Ich will nichts gegen die außerordentlich freundlichen Worte sagen, die Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte für die Ausländer als unsere Gäste an der Technischen Hochschule gefunden hat, aber ich kann doch nicht verschweigen, daß nach Kenntnis der Unterrichtsverwaltung eben doch die Elemente, die kommen, nicht durchweg so erfreulicher Natur sind, wie Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte in seiner Liebenswürdigkeit sie geschildert hat. Unter allen Umständen, glaube ich, wird man der Großh. Regierung zugestehen müssen, daß sie in loyalster, gastlichster Weise die Ausländer bei uns zuläßt. Es handelt sich bei unseren drei Hochschulen im laufenden Sommersemester im ganzen um ca. 1000 ausländische Studenten. Die Großh. Regierung hat in gastlichster Weise die Ausländer bei uns zugelassen und ich muß sie gegen den Vorwurf verwahren, als ob sie unfreundlich und ungastlich gewesen sei, wenn sie Maßregeln getroffen hat, in denen sie bezüglich der Technischen Hochschule nur dem Beispiel anderer Staaten gefolgt ist und bezüglich der Universitäten auch eben dem Gedanken gefolgt ist, der von allen Staaten übereinstimmend auf der Hochschulkonferenz geäußert worden ist.

Bezüglich der Berechtigungsfrage kann ich mit Genugtuung feststellen, daß seitens der drei Herren Vorredner übereinstimmend die Maßnahmen der Großh. Regierung Billigung gefunden haben. Allerdings sind daran seitens des Herrn Geh. Hofrats Dr. Bunte einige Bemerkungen geknüpft worden, die ich nicht unwidersprochen lassen möchte. Er ist auf die ganze Frage der Vorbildung unserer Schüler auf dem Gymnasium und den Realmittelschulen eingegangen und hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß eben in Deutschland die Gymnasien an Zahl in einer Weise überwiegen, daß schon aus diesem Grunde die Schüler zum größten Teil auf den Gymnasien ausgebildet werden. Das gilt wohl für die Statistik des Deutschen Reiches, allein die Statistik für Baden ist für die Realmittelschulen eine erheblich günstigere durch das unbefristete Verdienst unserer großen Städte, die ganz besonderes Interesse und ganz besondere Leistungen gerade der Entwicklung der Realmittelschulen zugewendet haben.

Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte ist auch auf die allgemeine Frage der Einrichtung unserer Mittelschulen eingegangen und hat vor allem beanstandet, daß auf unseren Gymnasien den Elementen der neuen Kultur, der Mathematik und den Naturwissenschaften, viel zu wenig Zeit zugewendet wird; er hat sogar davon gesprochen, man sollte diesen Schulen „etwas mehr von den Elementen der neueren Kultur zuführen“. Ich glaube, schon jetzt ist das Maß des Unterrichts in Mathematik und Naturwissenschaften in den Gymnasien durchaus nicht unerheblich und es war ja gerade mit einer der Hauptzwecke der Lösung der Berechtigungsfrage, daß man den einzelnen

Schulgattungen freie Bahn eröffnen und gerade dem humanistischen Gymnasium die Möglichkeit bieten wollte, mehr als früher, wo man immer von der Zunahme der Ansprüche im naturwissenschaftlichen Bildungsfeld gehört hat, sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der humanistischen Bildung, zuwenden zu können.

Ich will übrigens auf diese schultechnische Frage meinerseits nicht näher eingehen und mich der Stellung der Privatdozenten zuwenden, über die Herr Geh. Hofrat Dr. Mümelin uns Ausführungen gegeben hat.

Ich freue mich, meine volle Uebereinstimmung mit dem auszusprechen zu können, was von dem Herrn Medner geäußert worden ist. Auch die Grobsh. Regierung ist der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Unterrichtsverwaltung sein kann, Mittelmäßigkeiten auf diesem Gebiete festzuhalten und heranzubilden dadurch, daß sie mit Geldopfern unterstützt werden. Die Laufbahn eines Privatdozenten ist eine sehr schwierige, es wird mancher in diesem Kampfe unterliegen, der nicht genügende Kräfte mit sich bringt. Aber an den Hochschulen darf nur das beste Material an Lehrern vorhanden sein und solches Material läßt sich nicht erzielen, wenn wir durch ungeeignete Mittel das Privatdozententum, das an sich überaus blüht, noch mehr befördern würden.

Ich glaube damit die allgemeinen Fragen bezüglich der Hochschulen erledigt zu haben und möchte mich nur noch den speziell die Technische Hochschule berührenden Fragen zuwenden, die Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte erörtert hat, namentlich der Frage der Doktorprüfung. Ich kann auch da nach den Erfahrungen der Unterrichtsverwaltung nur bestätigen, daß die Einrichtung des Doktor-Ingenieurs und des Diplom-Ingenieurs, so schön diese Titel lauten, sich bewährt hat. Wie Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte schon in dankenswerter Weise unter statistischen Belegen ausführte, hat die Einrichtung immer mehr praktische Erfolge gehabt, es werden immer mehr Doktor-Ingenieur-Examen abgelegt. Aber in einem Punkte kann ich zu meinem Bedauern Herrn Geh. Hofrat Dr. Bunte eine Aussicht nicht eröffnen, das ist die Frage der Zulassung der Doktorprüfung auch für die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule. Es würde das wohl nur dann möglich sein, wenn das ganze Fundament, auf dem der „Doktor-Ingenieur“ aufgebaut ist, geändert würde. Es würde vor allem selbst bei der allerweitesten Ausdehnung des Begriffs Ingenieur nicht wohl möglich sein, auch die Mathematiker darunter zu fassen; man würde höchstens einen Doctor rerum naturalium einführen können. Ob das die Zukunft bringen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Ich glaube, als derzeitige Meinung der Unterrichtsverwaltung äußern zu müssen, daß zurzeit ein Anlaß zur Aenderung dieser Bestimmungen nicht vorliegt, und daß aus dem Umstande allein, daß die Mathematik in der allgemeinen Abteilung nicht ihre Schüler doktorieren lassen kann, kein Grund entnommen werden könnte, eine Einrichtung zu schaffen, die, soviel mir bekannt ist, nirgends besteht, nämlich einen Doktor der Mathematik.

Was die speziellen Wünsche und Anliegen betrifft, die die Herren Vorredner vorgetragen haben, so kann ich dem zustimmen, was Herr Geheimerat Windelband über das Krebsinstitut in Heidelberg, allerdings mit dem Ausdruck des Bedauerns, gesagt hat, daß nämlich das Krebsinstitut an sich zu begrüßen sei, aber der Universität nicht unerhebliche Kosten mache. So groß sind die Kosten nicht, wenn Sie näher prüfen; sie bilden allerdings einen nicht unerheblichen Teil der Steigerung des Aufwands; aber wie die hochgeehrten Herren aus dem Budget entnommen haben werden, ist die Steigerung des Aufwands mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage an sich eher bescheiden, und nur weil sie so bescheiden ist, nimmt der an sich nicht große Posten für das Krebs-

institut eine so große Stellung unter den anderen Positionen ein.

Wenn Herr Geheimerat Windelband sodann von der Seidelberger Universitätsbibliothek gesagt hat, es sei ein „glänzendes Glend“, so kann ich das nur insofern bestätigen, als die Bibliothek in sehr schönem Glanze dasteht. Nachdem der Staat so außerordentlich hohe Opfer für den Bau gebracht hat, sollte eben zeitweise der Versuch gemacht werden, mit etwas bescheideneren Mitteln für den Betrieb der Universitätsbibliothek auszukommen. Es sind die Mittel übrigens durchaus nicht so gering, sie sind sogar recht erheblich im Vergleich mit anderen Hochschulen und vor allem können gerade die Herren Dozenten wohl einigermaßen dazu beitragen, den Betrieb der Bibliothek etwas billiger zu gestalten. Ich will mich damit nicht gegen die einzelnen Wünsche, die an die Bibliothek herangetragen werden, aber Eines möchte ich doch berühren: die außerordentlich teuren Zeitschriften. Es hat sich ergeben, daß die Zeitschriften teilweise in sehr vielen Exemplaren in der Bibliothek und in verschiedenen Instituten gehalten werden, und wir sind auf dem Wege, darin eine Vereinfachung herbeizuführen. Ich glaube also, daß die Sache nicht so schlimm ist; es wird sich das auch aus dem ergeben, was der Herr Referent für die Hochschulen näher ausführen wird.

Was die Universität Freiburg anbelangt, so hat Herr Geh. Hofrat Mümelin, wie bei früheren Anlässen, auch heute darüber Beschwerde geführt, daß die Durchschnittsgehälter der Professoren an der Universität Freiburg hinter denen der anderen Hochschulen zurückstehen. Ich glaube, ein Vergleich mit der Technischen Hochschule müßte schon deshalb ausgeschlossen sein, weil die Verhältnisse mit den Kollegiengehältern ganz anders sind; aber auch die Bezüge zu Heidelberg sind nicht solche, daß der Schluß gezogen werden dürfte auf mangelhaftes Wohlwollen der Grobsh. Regierung gegenüber der Universität Freiburg. Es ist vielmehr, wie ich früher dargelegt habe, ein geschichtlich gewordenes Verhältnis, es hängt damit zusammen, daß eine Reihe älterer Gelehrten in Heidelberg wirken, und daß wir in Freiburg eine Reihe jüngerer Gelehrten haben. Wir sind aber redlich bemüht, das wird Herr Geh. Hofrat Mümelin bestätigen, auch dieses Verhältnis, das nie ganz mathematisch wird ausgeglichen werden können, immer mehr auszugleichen, und der Universität Freiburg mehr zuzuwenden, als bisher geschehen konnte. Auch da spielt allerdings der Faktor „Finanzlage“ eine recht erhebliche Rolle. Ich kann aber darauf hinweisen, daß ungeachtet der Finanzlage gerade bei den Berufungen, die in der letzten Zeit erfolgt sind, durchaus nicht irgend wie mit Gehältern gespart worden ist, und allmählich werden auch die höheren Gehaltslagen in Freiburg jenen in Heidelberg immer mehr gleichkommen.

Was die Freiburger Klinikbauten anbelangt, so möchte ich auf dieses Thema hier nicht näher eingehen. Es ist in der Zweiten Kammer viel darüber gesprochen worden. Ich möchte nur auch heute dem Dank der Regierung Ausdruck geben für die großen und anerkennenswerten Opfer, die die Stadt Freiburg gebracht hat. Ich möchte diesem Dank aber einen Gedanken anschließen, den ich auch im anderen Hohen Hause ausgesprochen habe, daß immerhin bei diesen Bauten ja eines zu berücksichtigen ist, daß eine Universitätsstadt auch von der Universität außerordentliche Vorteile hat, schon den, daß sie von sehr vielen, was andere Städte für sich machen müssen, überhoben ist. Man nehme nur die ungeheuren Kosten an, die sich z. B. die Stadt Karlsruhe auferlegen muß, um ein für ihre Größe entsprechendes Spital zu gründen. Es sind also immerhin zugleich auch städtische Bedürfnisse, die mit befriedigt werden. Ich erkenne vollständig an, daß die Stadt Freiburg sehr weit in ihrer Liberalität geht, und ich kann erklären, daß die

Regierung nach wie vor bemüht sein wird, auch ihrerseits — sie hat auf diesem Gebiete schon recht viel getan, vor allem speziell für die Spezialkliniken —, daß sie auch künftig bemüht sein wird, nach Möglichkeit und nach ihrer Finanzkraft mitzuwirken für diese Klinikbauten der Universität in Freiburg. Wenn seitens des Herrn Geh. Hofrat Kümelin der besondere Wunsch geäußert worden ist, eine Professur für Kunstgeschichte in Freiburg zu begründen, so möchte auch ich hoffen, daß wir in absehbarer Zeit diesen Wunsch werden erfüllen können.

Was die Spaltung der Freiburger Studentenschaft anbelangt, so möchte ich eine Debatte über die akademische Freiheit meinerseits nicht entfesseln. Ich kann nur dem zustimmen, was Herr Geh. Hofrat Kümelin gesagt hat, daß es nicht Sache der Unterrichtsverwaltung oder der Universitätsverwaltung sein kann, in derartige Vorgänge gewaltsam einzugreifen. Das sind Dinge, die man sich eben abspielen lassen muß. Ich bin jetzt überzeugt, daß mit der Zeit die Studenten nicht bloß bei besonderen festlichen Anlässen, wie in Freiburg schon jetzt wieder sich zusammenfinden und daß die, übrigens nicht unter besonderem Streit, sondern scheidlich-friedlich erfolgte Trennung wieder aufgehoben werden und der erwünschte Zustand wieder eintreten wird, daß die gesamte Studentenschaft zusammensetzt in einer ungeteilten Vereinigung.

Herr Geh. Hofrat Bunte hat sodann noch einige Wünsche bezüglich der Technischen Hochschule geäußert und hat mit Recht hervorgehoben, daß die Ansprüche der Technischen Hochschule diesmal sehr bescheiden gewesen sind. Es wird das von der Regierung dankend anerkannt. Aber es darf auch bei diesem Anlaß bemerkt werden: wer die glänzenden Bauten unserer Technischen Hochschule überblickt, wird sagen müssen, daß schon sehr viel für die Technische Hochschule geschehen ist. Ich kann versichern, daß in Zukunft, soweit sich dringende Bedürfnisse ergeben, auch wenn es größere Bedürfnisse sind, die Regierung ihrerseits tun wird, was sie tun kann. Das gilt insbesondere von den Wünschen, die heute wieder bezüglich des Herrn Vertreters der Physik geäußert worden sind.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm: Nach den Ausführungen des Herrn Staatsministers habe ich nur noch auf einige Spezialwünsche näher einzugehen.

Es ist zunächst der Wunsch auf Erhöhung des Aversums der Heidelberger Universitätsbibliothek. Von einem glänzenden Glanz dieser Bibliothek kann nicht die Rede sein. Als ich neulich die Universitätsbibliothek besuchte, habe ich einen Fakultätskollegen des Herrn Geh. Rats Windelband im Zeitschriftenzimmer getroffen, der mir sagte, ein so reich ausgestattetes Zeitschriftenzimmer, wie das Heidelberger, sei wohl an keiner anderen deutschen Universität zu finden. Ich habe den Eindruck, daß dieses Zeitschriftenzimmer einen zu großen Teil der Mittel in Anspruch nimmt und daß deshalb die Bücheranschaffungen zu kurz kommen. Ich gebe durchaus zu, daß die 9000 M., um die das Aversum in diesem Budget erhöht wurde, zum größten Teil für den teureren Betrieb im Neubau nötig sind, und ich gebe weiter zu, daß die Bibliothek durch den Rückgang der Doktorpromotionsgelder in eine mißliche Lage gekommen ist; es mag das einige Tausend Mark ausmachen. Bestimmt läßt sich das wohl in einiger Zeit sagen. Es ist der Bibliothek bereits in Aussicht gestellt worden, daß für die laufende Budgetperiode durch einen außerordentlichen Zuschuß zum Aversum geholfen werden soll. Für die nächste Budgetperiode wird — und darin stimme ich vollständig Herrn Geh. Rat Windelband bei — nur durch eine nochmalige entsprechende Erhöhung des Aversums Abhilfe zu schaffen sein. Das Ministerium ist aber auch in eine sorgfältige Prüfung der Frage ein-

getreten, ob nicht die Zeitschriftenanschaffung nicht nur für die Bibliothek, sondern auch für die Institute und Seminarien beschränkt und durch eine vernünftige Arbeitsteilung die Anschaffung derselben Zeitschriften in mehreren, oft vielen Exemplaren vermieden werden kann.

Bezüglich des Neubaus des Kollegienhauses in Freiburg kann ich auch in diesem Hohen Hause nur die Versicherung wiederholen, daß die Regierung ihrerseits alles tun wird, um die Fertigstellung dieses Neubaus bis 1910 zu ermöglichen.

Herr Geh. Hofrat Dr. Kümelin hat auch über die Zulassung der Frauen zu den juristischen Staatsprüfungen gesprochen. Ich glaube, daß nach den Erklärungen, die der Herr Staatsminister im anderen Hohen Hause abgegeben hat, diese Frage kurz behandelt werden kann. Die Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung hätte für die Frauen nur Bedeutung, wenn damit weitere Rechte für sie verbunden wären. Das ist aber nicht der Fall. Soweit es sich handelt um die Zulassung zum Richterberuf und zur Rechtsanwaltschaft liegen Reichsgesetze vor, über die der Einzelstaat nicht hinausgehen kann. Im übrigen aber ist die Unterrichtsverwaltung der Ansicht, daß die Frauen, die in der juristischen Fakultät die Doktorprüfung ablegen können, tatsächlich für ihren künftigen Lebensberuf den Nachweis gründlicher juristischer Vorbildung jetzt schon erbringen können. Vom Standpunkt der Unterrichtsverwaltung muß unbedingt daran festgehalten werden, daß die Doktorpromotion in der juristischen Fakultät den Abschluß eines gründlichen juristischen Studiums nachweist und der ersten juristischen Staatsprüfung in dieser Hinsicht gleichwertig ist.

Herr Geh. Hofrat Dr. Kümelin hat geglaubt, daß der Zuschuß, den die Groß. Staatsregierung für den Betrieb der klinischen Anstalten in Freiburg gibt, nicht entsprechend sei, daß man namentlich hinsichtlich der Verzinsung des Baukapitals für die klinischen Neubauten durch die Stadt gekaufert habe. Allein in dem Budget ist tatsächlich eine Erhöhung des Betriebszuschusses um 7814 M. eingetreten. Die Unterrichtsverwaltung hat aber aus prinzipiellen Gründen diese Erhöhung nicht als Verzinsung des Baukapitals behandelt. Das klinische Hospital in Freiburg ist eine Anstalt, die auf Stiftungsmittel gegründet ist, keine Staatsanstalt. Die Anstalt untersteht einem Verwaltungsrat, der gebildet ist aus Vertretern der Stadt und der Universität; die Regierung ist darin nicht vertreten. Das Kapital für die Neubauten, um die es sich handelt, hat die Stadtverwaltung in ihrer liberalen, großzügigen Art der Anstalt auf Antrag des Verwaltungsrats ohne vorherige Anhörung der Regierung zur Verfügung gestellt. Erst nachdem der Bau begonnen war, ist man an die Regierung herangetreten mit der Forderung, sie solle das Baukapital verzinsen. Demgegenüber stand und steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß, wenn man ihr zumuten wollte, die Verzinsung zu übernehmen, man ihr auch wohl einräumen müßte, bei Aufstellung des Bauprogramms und der Baupläne mitzusprechen. Da nun aber mit den klinischen Neubauten tatsächlich etwas Schönes und Gutes geleistet ist, hat die Groß. Regierung unter dem Titel einer Erhöhung des Betriebszuschusses der Verwaltung des klinischen Hospitals eine Unterstützung gewährt, die ihr die Verzinsung des Baukapitals wesentlich erleichtert. Der andere Betrag, der zur Verzinsung notwendig ist, muß aber durch das klinische Hospital erwirtschaftet werden. Auch für die Zukunft kann ich, wenn es nötig sein wird, weitere Erhöhungen des Betriebszuschusses in Aussicht stellen.

Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte ist auf die Prüfungsordnungen eingegangen und hat insbesondere die be-

vorstehende Verschmelzung der ersten technischen Staatsprüfungen mit den Diplomprüfungen begrüßt. Nun ist die Lage der Sache die, daß im Wesentlichen die Schwierigkeiten, deren es eine ganze Reihe zu beheben gab, beseitigt sind und die Veröffentlichung der Prüfungsordnungen für den technischen Staatsdienst, die diese Vereinfachung bringen werden, in nächster Zeit zu erwarten ist. Auf eine Frage, die wiederholt behandelt worden ist, möchte ich lediglich von dem Standpunkt der technischen Hochschule kurz eingehen: auf die Frage der Vorbildung der Lehramtspraktikanten für Mathematik und Naturwissenschaft. Die technische Hochschule hat im wesentlichen die Aufgabe, für die technischen Berufsfächer vorzuarbeiten; danach ist die Entwicklung dieser Hochschule klar und deutlich vorgezeichnet, sie liegt auf dem technischen Gebiet. Wenn die Lehramtskandidaten in der allgemeinen Abteilung ihre acht Semester zubringen dürfen, so ist es unschwer voranzusehen, daß sich bei den Prüfungen der Kandidaten, die von dieser Erlaubnis Gebrauch machen, Mängel ergeben werden, die alsbald die technische Hochschule veranlassen, im Budget die weitere Ausgestaltung der mathematischen Abteilung und der allgemeinen Abteilung zu beantragen. — Nun sind wir ja in der glücklichen Lage, daß die Karlsruher Technische Hochschule allein von allen technischen Hochschulen Deutschlands eine vollständige Vertretung der beschreibenden Naturwissenschaft hat und zwar wegen der Forststudierenden. Auch eine glänzende mathematische Sektion besitzen wir. Es ist deshalb nur wünschenswert und zu begrüßen, wenn von der Möglichkeit, an der Technischen Hochschule drei Semester des Studiums zu absolvieren, möglichst viel Kandidaten des höheren Lehrraths Gebrauch machen. In dem Augenblick aber, wo das Studium von solchen Kandidaten ganz an der technischen Hochschule zurückgelegt werden darf, glaube ich, würde eine weitere Entwicklung dieser an sich schon sehr reich bedachten allgemeinen Abteilung beantragt werden, um es in jeder Beziehung den Universitäten gleichem zu können. Es würde aber nicht möglich sein bei der Finanzlage des Landes, gleichzeitig die technischen Abteilungen, die doch voranzutreten müssen, so weiter zu entwickeln und auszubauen, wie es notwendig ist. Und noch ein Anderes. Die Frage der Vorbildung der Lehramtspraktikanten steht meines Erachtens in unlöslichem Zusammenhang mit dem Promotionsrecht. In dem Augenblick, wo man hinsichtlich der Vorbildung der Lehramtskandidaten nachgibt, ergibt sich die Konsequenz, daß dann auch diese Studierenden in Mathematik und Naturwissenschaft promovieren dürfen. Dann aber hat die allgemeine Abteilung nicht mehr den Charakter, den sie jetzt besitzt, nämlich den einer für alle technischen Abteilungen gemeinschaftlich vorbereitenden Abteilung; sie wird eine Abteilung mit Selbstzweck, und ich fürchte, speziell vom Standpunkt der Technischen Hochschule gesprochen, daß in dem Augenblick die mathematische Vorbildung für die technischen Abteilungen notleiden wird. Denn es ist doch einleuchtend, daß die Professoren der mathematischen Abteilung erheblich mehr Interesse den Studierenden zuwenden, die ihre Lebensaufgabe im Studium der Mathematik sehen, als den Techniker, die nur für ihr technisches Studium eines gewissen mathematischen Fundamentes bedürfen. Die Entwicklung würde also nach meiner Ansicht dahin führen, daß tatsächlich die Aufgabe, die jetzt die Hauptaufgabe der mathematischen Sektion ist, zu einer Nebenaufgabe und die Vorbereitung für die technischen Fächer in den Hintergrund treten würde. Das glaube ich, wäre zu bedauern im Interesse der Entwicklung der Technischen Hochschule nach der Richtung in der sie zur Blüte gelangt ist und in der auch ihre Zukunft liegt. In einem Staat wie Baden, der drei Hochschulen zu erhalten hat, kann

man nicht die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule zu einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und andererseits diese Fakultäten der beiden Universitäten nach dem Vorgange von Göttingen nach der Seite der angewandten Mathematik und Technik entwickeln.

Es muß die Aufgabe der Unterrichtsverwaltung sein, der Leistungsfähigkeit des Landes entsprechend, jede der beiden Hochschulgattungen auf das Gebiet zu beschränken, das ihrer Eigenart entspricht, und da steht bei der Technischen Hochschule die Entwicklung der technischen Abteilungen in erster Reihe.

Oberbürgermeister Beck: Lassen Sie mich zunächst in eine Erörterung einer Frage allgemeinen Charakters eintreten, die in dem andern Hohen Hause einen breiten Raum einnahm und deshalb auch hier nicht völlig übergangen werden kann und die auch in dem Berichte der Budgetkommission ihren Ausdruck fand.

Die in der Budgetkommission und im Plenum des andern Hohen Hauses aufgeworfene Frage, ob es sich nicht empfehle, unter Aufhebung des Oberschulrats die sämtlichen Unterrichtsangelegenheiten unter einem Ministerium, wenigstens aber in einer Abteilung eines Ministeriums zu vereinigen, — eine Frage, die auch in einer Resolution eine bejahende Formulierung fand — möchte ich durchaus bejahen. Dieser Auffassung pflichtet auch die weitaus überwiegende Majorität der Budgetkommission völlig bei. Hierbei wurde in der Kommission nicht etwa darauf abgehoben, daß nach einer im Lande vielfach geteilten Meinung eine wirkliche Uebereinstimmung in den Anschauungen des Oberschulrats und seiner Räte mit denen des Unterrichtsministeriums nicht durchweg vorhanden zu sein scheine und der Eindruck erweckt würde, als ob namentlich in Fragen der Volksschule man im Oberschulrat einen anderen, vorwärtsdringenden Kurs einschlagen möchte. Vielmehr wurde die ganze Erörterung über die Aufhebung des Oberschulrats auch in der Kommission ohne jede spezielle, ich möchte sagen persönliche Spitze auf den Oberschulrat lediglich auf der allgemeineren Basis einer Vereinfachung unserer für ein kleines Land allzu komplizierten Staatsorganisation durch Aufhebung einiger oder aller Mittelstellen geführt, auch wenn das dringendere Bedürfnis für die Aufhebung des Oberschulrats geltend gemacht wurde. Auch möchte ich, um jede Nebenvermutung auszuschließen, hervorheben, daß die Stadtbehörde Mannheim — abgesehen von schwer vermeidlichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten — in durchaus gutem Einvernehmen mit der Oberschulbehörde steht und ich deshalb sine ira et studio sprechen kann und will. Die Angliederung der Unterrichtsverwaltung an das Justizministerium ist nicht eine durch innerliche, sachliche Gründe gebotene, sondern nur erklärlich aus dem Bestreben, die Ministerien, die Zuteilung der Geschäftskreise an dieselben zu bilden je nach der Persönlichkeit und den Wünschen der leitenden Minister. Im Hinblick auf die umfassende Kompetenz, welche dem Ministerium in Unterrichtsfragen vorbehalten ist, kommt bei der nach ganz anderen, vor allem juristischen Rücksichten erfolgten Zusammenziehung des Kollegiums das unterrichtliche Moment entschieden zu kurz — umso mehr, als im ganzen Unterrichtsministerium kein einziger aus dem Lehrrath hervorgegangener Fachmann Sitz hat und deshalb auch eine nochmalige sachliche Ueberprüfung der Kompetenz des Ministeriums als erste oder Rekursinstanz vorbehaltenen Fälle immerhin einigermaßen erschwert wird — bei aller wohlverdienten Anerkennung des jetzigen langjährigen Ministerialreferenten in bezug auf jahrzehntelange, umfassende Beherrschung des gesamten Unterrichtswezens namentlich nach der ökonomischen Seite. Der Oberschulrat, vor bald 1/2 Jahrhundert

geschaffen zur Uebernahme der bisher den beiden Oberkirchenräten, dem Oberrate der Israeliten und der sog. Oberschulkonferenz übertragenen Obliegenheiten mochte in jener Zeit der völligen Umgestaltung der Grundlagen unseres Schulwesens, vor allem des Schulaufsichtswesens und bei der Ueberlastung des damals vorgelegten Ministeriums — des Ministeriums des Innern — mit der neuen Organisation der inneren Verwaltung seine volle Berechtigung haben; heute darf man aber wohl die Frage aufwerfen, ob nicht durch eine solche Mittelstelle mancherlei Mißstände hervorgerufen werden, wie namentlich eine Verzögerung in der Erledigung der Schulangelegenheiten, eine Vergeudung von Zeit und Kraft durch Ausarbeitung von umfassenden schriftlichen Vorträgen von einem Hause in das Nachbarhaus, eine Erschwerung der Informierung des leitenden Ministers durch die Entfernung im Raume und Instanzenzug von dem Kollegium, das seine einheitliche Direktiven von ihm zu erhalten hat und mit dem in steter persönlicher Fühlung zu bleiben bei den vielen im Fluße befindlichen Schulfragen von besonderer Wichtigkeit ist. Man hat in unserem Nachbarstaate Hessen ebenfalls das Bedürfnis einer Vereinfachung des schwerfälligen und kostspieligen Apparates der Staatsverwaltung durch Aufhebung der Mittelstellen empfunden und würde angesichts der sehr günstigen Erfahrungen nicht mehr zur früheren Organisation zurückkehren. Auch wurde in der Kommission besonders betont, daß aus der Schaffung einer Ministerialabteilung kaum eine Verkostbilligung, vielleicht sogar durch die eintretende Vereinfachung und die dadurch mögliche Reduzierung des Personals eine Ersparnis an Kosten zu erwarten wäre. Von allen Seiten wurde aber betont, daß eine Belassung des heutigen Zustandes doch noch immer einer Lösung der Frage etwa in dem Sinne vorzuziehen wäre, daß nur der jeweilige Direktor des Oberschulrats in das Ministerium eintreten würde. Durch die im Falle der Aufhebung unerlässliche Erweiterung der Kompetenz der Kreis Schulräte, namentlich Ausstattung mit Gehilfen, würde eine Erleichterung in den Geschäften der Zentralbehörde und die so erwünschte Dezentralisierung der Aufsichtsführung über die Volksschulen erzielt.

Gehe ich nunmehr über zu den Mittelschulen, so möchte ich dringend der Regierung empfehlen, den akademisch gebildeten Lehrern eine ganz erhebliche Besserstellung bei der Revision des Gehaltstarifs namentlich auch durch Gleichstellung der älteren Professoren und Direktoren mit höheren Beamtencategorien zuteil werden zu lassen. Ich sage dies eben so sehr aus Gründen der Billigkeit, als namentlich im Interesse der Schule. Daß der Zugang zum Berufe der Mittelschullehrer quantitativ und qualitativ ganz und gar nicht mehr genügt, ist unbestritten. Und doch werden in diesen Mittelschulen die in Kirche und Staat, Gemeinde, Industrie und Handel führenden Persönlichkeiten herangebildet und es zeitigt deshalb ein Manko in der Lehrerschaft, nicht mehr gut zu machende Folgen. Der Beruf an sich hat für viele so wenig Verlockendes, er gewährt so wenig Aussicht auf Avancement, daß der schlechte Zugang begreiflich ist. Auch halte ich es für ein bitteres Unrecht, wenn in dem jungen Philologen das Gefühl erwächst, gegenüber seinen juristischen und technischen Altersgenossen zurückgesetzt zu sein. Wie Geheimrat Windelband in dem Kommissionsberichte über das Elementarunterrichtswesen so zutreffend ausführt, „hängt die soziale Schicht, aus der sich ein Stand rekrutiert, von dem Maß des Ansehens und der Lebensführung ab, das er in Aussicht stellt und es sind diese Verhältnisse von seiten des Staates nur durch die finanzielle Lage regulierbar, die er dem Stande in erster Linie gewährt“; es gilt hier das gleiche, was der zitierte Bericht von den Volksschullehrern sagt: „Der Staat braucht viel Lehrer und er braucht gute

Lehrer, er muß eine Prämie auf die Wahl des Lehrerberufs setzen.“

Für abänderungsbedürftig halte ich das System, dem endlich zum Vorstand einer Volk-Anstalt avancierten Mittelschullehrer nur eine Beförderungszulage von 200 Mark zu gewähren — trotz der großen Verantwortlichkeit und Plage, welche die Leitung einer Anstalt mit sich bringt.

Gerne möchte ich noch weiter eintreten für eine Regelung der Verhältnisse der Reallehrer, die in einer recht mißlichen Lage sich befinden. Die Verwendung der Angehörigen dieses Standes in den Anstalten, für welche man zunächst die Klasse der Reallehrer ins Leben rief, nämlich an den Mittelschulen wird immer mehr eingeschränkt, obgleich es von grober Undankbarkeit zeugen würde, wenn man nicht der Verdienste dieses Standes um die Entwicklung unseres Mittelschulwesens eingedenk bleiben wollte, ja es scheint, daß so bedauerlich dies auch nach meinen Erfahrungen wäre — die Mitwirkung der Reallehrer an den Mittelschulen völlig ausgeschaltet und das residuum von Unterrichtsgegenständen, welches von akademisch gebildeten Lehrern nicht erteilt werden will und kann, speziellen Fachlehrern übertragen werden soll. Jedenfalls halte ich das Verlangen dieser Lehrer, auch die Vorstandsstellen der nicht zu den Mittelschulen, sondern zu erweiterten Volksschulen zählenden sog. Bürgerschulen übertragen zu erhalten, für durchaus gerechtfertigt. Einem etwaigen Konflikte zwischen akademisch gebildeten und Reallehrern könnte durch künftigen Fortfall der sachlich nicht gebotenen Verwendung von Lehramtspraktikanten an solchen Anstalten vorgebeugt werden. Nicht minder halte ich die Reallehrer, die in ihrer früheren Tätigkeit an der Lösung der Frage etwa in dem Sinne vorzuziehen wäre, daß nur der jeweilige Direktor des Oberschulrats in das Ministerium eintreten würde. Durch die im Falle der Aufhebung unerlässliche Erweiterung der Kompetenz der Kreis Schulräte, namentlich Ausstattung mit Gehilfen, würde eine Erleichterung in den Geschäften der Zentralbehörde und die so erwünschte Dezentralisierung der Aufsichtsführung über die Volksschulen erzielt.

Angeichts des Umstandes, daß wir Städte einen so großen Wert der reichen Vielgestaltigkeit eines Realmittelschulsystems beimessen und keine Opfer hierfür scheuen, — es hat dies ja auch von Borredern und dem Herrn Staatsminister soeben eine freundliche Anerkennung gefunden — darf ich es doch wohl als Vertreter der Stadt, welche die meisten Realmittelschulen besitzt, freimütig aussprechen, daß die Existenz der zahlreichen Mittelschulen, ob realistisch oder humanistisch, auch einen gewissen Nachteil mit sich bringt, nämlich die Verlockung für viele Eltern, ihre Söhne der Volksschule zu entziehen und sie aus Mangel an Verständnis oder aus Eitelkeit eine Mittelschule besuchen zu lassen, obgleich dieselben zum abschließenden Besuch der Mittelschule nicht bestimmt sind und aus Trägheit oder mangelhafter Veranlagung oder wegen häuslicher Verhältnisse wieder mit dem 14. oder 15. Jahre auscheiden hätten diese unsere vortreffliche Volksschule absolviert, so hätten sie eine abgeschlossene, ausreichende Bildung für das praktische Leben, vor allem im Schreiben und Rechnen,

erhalten, deren sich mancher Abiturient der Mittelschulen nicht zu schämen bräuchte. Der Torso von Kenntnissen aber, die sie bei dem Austritte aus Quarta oder Tertia erlangen können, macht im Vereine mit den minimalen Kenntnissen, die sie bei dem Austritte aus der Volksschule besaßen und wegen Mangel an organischem Weiterbaue teils wieder vergessen, sie unbrauchbar für das bürgerliche Leben. Und doch sind es gerade die sogenannten besseren und oft wohlhabenderen Familien, deren Ehrgeiz darin bestand, ihre Söhne — wie man sagt — studieren zu lassen. Auch ist sehr bedeutend die Zahl dieser — um auch einmal dieses wunderbare Wort zu gebrauchen — „schulisch“ verfrachten Existenzen, die eine mangelhaftere Schulbildung in ihren künftigen bürgerlichen Beruf mitbringen, als der Volksschüler des letzten Schwarzwaldorfes. Also in dieser Richtung hat der *embarras de richesse* an Mittelschulen auch ein gewisses Bedenken gegen sich. Es haben auch die Städte der Städteordnung in Aussicht genommen, die frühere Differenzierung im Schulgeld zwischen den unteren und oberen Klassen fallen zu lassen, um jede Anlockung von Schülern in die untersten Klassen zu vermeiden. Aber auch die Direktoren könnten energisch diesem verhängnisvollen Mißstande entgegenarbeiten durch unerbittliches Eigenlassen in den unteren Klassen und Einwirkung auf die Eltern, rechtzeitig ihren Jungen wieder der Volksschule zuzuführen. Denn ich nehme an, daß der Standpunkt überwunden ist, die Tüchtigkeit eines Direktors zu bemessen nach dem Andränge von Schülern. Und mit Rücksicht auf diese ernste Erwägung kann ich auch nicht übereinstimmen mit dem allgemein ausgesprochenen Tadel gegenüber dem Ministerium wegen der Erhöhung des Schulgeldes der künstliche Anreiz durch niederes Schulgeld kann verderblich auf die Ausbildung unseres mittleren Bürgerstandes wirken, soweit die Söhne nicht zur Abschließung der Mittelschule bestimmt und veranlagt sind. Verbessern wir für diese Söhne unsere Volksschule immer mehr und mehr und stellen wir dem erhöhten Schulgelde, daß ja nur eine geringe Quote des wirklichen Aufwandes darstellt und von den Wohlhabenden ohne Beschwerde getragen wird, eine reichliche und das Ehrgefühl schonende Befreiung vom Schulgeld für die vielen fleißigen und tüchtigen Söhne unserer unbemittelten Bevölkerung gegenüber.

Es ist in dem andren Hohen Hause die Rede gewesen von dem Vorschlagsrechte der Städte bei der Stellenbesetzung. Von einem Mißbrauche dieses Rechts im Sinne einer „Vetterleswirtschaft“ ist wohl nirgends die Rede; auch die schärfste Kritik, die sich ja sofort daran anknüpfen würde, kann hier nichts aussetzen. Dagegen würde ich — ich spreche hier nicht namens der Städte, sondern nur für meine Person und wohlnoch mancher Kollege — gerne auf dies in seinem inneren Werte höchst zweifelhafte Recht verzichten, wenn beim Verzicht die Garantie für eine freie Versetzbarkeit der Mittelschullehrer eingeräumt würde. Heute besteht nämlich nur insofern eine freie Versetzbarkeit, als tüchtige Leute auf Grund ihrer Bewerbungen — namentlich im Falle eines *Avancements* an ein humanistisches Gymnasium — von der Anstalt wegbefördert werden. Dagegen besteht fast eine Unversetzbarkeit hinsichtlich wenig genügender, ihrer Aufgabe nicht gewachsener Professoren. Was ein solcher Mann, der z. B. neuere Sprachen an einer Realschule, also fast das wichtigste Fach zu erteilen hat, für unendlichen Schaden anrichtet, wenn eine Generation von Schülern nach der andern, ungenügend in dem Hauptsache unterrichtet, die Anstalt verläßt, brauche ich nicht zu schildern. Es ist mir in 15 Jahren kaum ein

Fall bekannt geworden, in denen ein als ungeeignet erkannter Mann von der Anstalt, in der er wenig Nutzen stiften konnte, removiert worden wäre. Mancher ungenügender Professor bleibt bis an sein Lebensende an der Anstalt, an die ihn das Schicksal, ein unglücklicher Griff der städtischen und staatlichen Behörde, verschlagen. Das ist in der übrigen Staatsverwaltung nicht das gleiche. Ein ungenügender Amtsvorstand, technischer Inspektor, Finanzmann versinkt eben nach evidentem Nachweise seiner Unfähigkeit in eine staatliche Gletscherspalte, in der er möglichst unschädlich mumifiziert. Könnten wir Städte also gegen Verzicht auf das Vorschlagsrecht die Aufhebung der tatsächlichen Unversetzbarkeit ungeeigneter Professoren umtauschen, so würden die Realschulen besser fahren.

Und nun noch ein Wort zur tatsächlichen Berichtigung: Es ist in dem andren Hohen Hause die Rede gewesen von der übergroßen Zahl von unständigen Lehrkräften an der Höheren Mädchenschule in Mannheim und es erging der Appell an die Oberschulbehörde, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um hier Besserung zu schaffen. Rückhaltslos wird dieser Mißstand von der städtischen Behörde zugegeben. Jrgend welche Verantwortung oder gar Schuld trifft aber auch nicht im geringsten die städtische Behörde.

Ich hätte gewünscht, daß die Unterrichtsverwaltung auch in dem andren Hohen Hause den Standpunkt vertreten hätte, den sie bei der Abwehr eines Angriffes gegen die städtische Behörde in einem Fachorgan einnahm, nämlich, daß die Beseitigung eines Mißverhältnisses zwischen der Zahl der angestellten Professoren und der Lehramtspraktikanten Sache der Unterrichtsverwaltung und nicht des Stadtrates sei. Die Sorge, die Initiative dafür, das richtige Verhältnis zwischen den ständigen und unständigen Lehrkräften herzustellen, liegt der Oberschulbehörde ob; sie allein hat den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem neue Professoren oder Hauptlehrerinnen in das Staatsbudget einzustellen sind; die städtische Behörde kann nicht überblicken, namentlich ob einerseits genügende Lehrkräfte zur Verfügung stehen, ob andererseits die Staatsfinanzen Zurückhaltung gebieten, ob etwa bei anderen Anstalten des Landes noch dringlichere Bedürfnisse zu befriedigen sind. Die städtische Behörde wartet daher jeweils die Initiative der Oberschulbehörde ab und ihre Verantwortlichkeit würde erst in dem Momente beginnen, in welchem sie aus überlanggebrachter Sparsamkeit sich weigern würde, einem Antrage des Oberschulrats auf Schaffung von etatmäßigen Stellen nicht zu entsprechen. Dies ist aber meines Wissens von der städtischen Behörde in Mannheim noch niemals geschehen; ohne ein Wort des Bedenkens werden solche Anforderungen von den städtischen Kollegien bewilligt.

Die Bitte um beschleunigtere Dekretur der Ueberstundenvergütungen möchte ich dringend unterstellen. Daß ein armer Lehramtspraktikant oder Mittelschulprofessor dem Schulner Staat mit seinen reichen Finanzquellen monatelang borgen soll, ist doch ganz unbillig und wir Städte haben ein erhebliches Interesse daran, weil man den richtigen Sündenbock nicht selten bei uns, statt bei der hohen Obrigkeit sucht.

Auf Antrag des Durchlauchtigsten Präsidenten werden hierauf die Verhandlungen abgebrochen und wird beschlossen, dieselben nachmittags 3 Uhr fortzusetzen.

Schluß der Sitzung 1/21 Uhr.